Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister

Einladung

Ich lade Sie zu einer **Sitzung des Rates** am Dienstag, dem 20.03.2012, um 17:00 Uhr ein.
Die Sitzung findet im Großen Sitzungssaal des Rathauses, Auf'm Schloß 1 statt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1	Fragestunde für Einwohner	
2	Einführung und Verpflichtung neuer Ratsmitglieder	
3	Neubesetzung von Ausschüssen hier: Rechnungsprüfungsausschuss, Ausschuss für Schule, Kultur und Sport, Betriebsausschuss Freizeitbad und Ausschuss für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt	**RB/1640/2011**
4	Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012	**FB I/1674/2012**
5	Stellenpläne 2012	**RB/1694/2012**
5.1	Stellenplan 2012 Allgemeine Verwaltung	**FB I/1680/2012**
5.2	Stellenplan 2012 des Betriebes Freizeitbad	**FB I/1653/2012**
5.3	Stellenplan 2012 des Betriebes Abwasserbeseitigung	**FB I/1661/2012**
6	Gewinnabführung Betrieb Freizeitbad	**FB I/1651/2012**
7	Wirtschaftsplan 2012 des Betriebes Freizeitbad	**FB I/1656/2012**
8	Investitionsprogramm 2011 - 2015 des Betriebes Freizeitbad	**FB I/1654/2012**
9	Gewinnabführung Betrieb Abwasserbeseitigung	**FB I/1659/2012**
10	Wirtschaftsplan 2012 des Betriebes Abwasserbeseitigung	**FB I/1655/2012**
11	Investitionsprogramm 2011 - 2015 des Betriebes Abwasserbeseitigung	**FB I/1660/2012**
12	Feststellung des Jahresabschlusses 2010 und Erteilung des Bestätigungsvermerkes	**FB I/1620/2011**
13	Behandlung des Jahresfehlbetrages 2010	**FB I/1621/2011**

14	Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen von 2011 nach 2012	**FB I/1689/2012**
15	Kenntnisnahme über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	**FB I/1683/2012**
16	Shared Services mit Wipperfürth - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Bauhof	**RB/1665/2012**
17	Gesellschaftsvertrag Bauhof Wipperfürth – Hückeswagen GbR	**RGM/1687/2012**
18	Übernahme einer Bürgschaft	**FB I/1678/2012**
19	Bestellung eines Leiters und eines Stellvertreters für die Freiwillige Feuerwehr Hückeswagen	**FB II/1696/2012**
20	Mitteilungen und Anfragen	

Nichtöffentliche Sitzung

1	Neuabschluss der Konzessionsverträge für die Gas- und Wasserversorgung	**FB I/1679/2012**
2	Mitteilungen und Anfragen	

Mit freundlichen Grüßen

_____

Bürgermeister Uwe Ufer

Ö 3

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Ratsbüro
Sachbearbeiter: Torsten Kemper

Vorlage

Datum: 13.12.2011
Vorlage RB/1640/2011

TOP	Betreff
	Neubesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien hier: Haupt- und Finanzausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Ausschuss für Schule, Kultur und Sport, Betriebsausschuss "Freizeitbad", Ausschuss für Bauen und Verkehr, Ausschuss für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt sowie der NRW Städte- und Gemeindebund

Beschlussentwurf:

Die Ratsmitglieder beschließen, auf Vorschlag der FDP-Fraktion

- Herrn/Frau ….. zum Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss,
- Herrn/Frau ….. zum stellvertretenden Mitglied im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport,

sowie auf Vorschlag der CDU-Fraktion

- Herrn Harald Bannies zum Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss,
- Herrn Friedhelm Malecha zum stellvertretenden Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss,
- Herrn Thomas Bürger zum Mitglied im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport,
- Herrn Christian Schütte zum Mitglied im Ausschuss für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt,
- Herrn Horst Schreiber zum stellvertretenden Mitglied im Ausschuss für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt,
- Herrn Horst Schreiber zum Mitglied im Ausschuss für Bauen und Verkehr,
- Frau Annegret Busch zum stellvertretenden Mitglied im Ausschuss für Bauen und Verkehr,
- Herrn Andreas Winkelmann zum Mitglied im Betriebsausschuss „Freizeitbad“

zu bestellen.

Der Rat beschließt, auf Vorschlag der CDU-Fraktion

- Herrn Christian Schütte zum Mitglied im Nordrhein-Westfälischen Städte und Gemeindebund,
- Herrn Harald Bannies zum Mitglied in der Gesellschafterversammlung der HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co KG,
- Herrn Harald Bannies zum Mitglied in der Gesellschafterversammlung der HEG Verwaltungs-GmbH,
- Herrn Christian Schütte zum Mitglied im Aufsichtsrat der HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft

- Herrn Willi Endresz zum stellvertretenden Mitglied im Aufsichtsrat der HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft

zu bestellen.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass Herr/Frau ….. von der FDP-Fraktion als stellvertretende/r Vorsitzende/r des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport sowie von der CDU-Fraktion Herr Friedhelm Malecha als 2. stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Bauen und Verkehr benannt wurde.

Beratungsfolge	**Termin**	**Behandlung**
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

Frau Karin Wroblowski (FDP) hat mit Ablauf des 31.12.2011 ihr Ratsmandat und die Mitgliedschaft in sämtlichen Ausschüssen niedergelegt. Frau Wroblowski war bisher Mitglied in den folgenden Gremien:

- Rechnungsprüfungsausschuss (Mitglied)
- Ausschuss für Schule, Kultur und Sport (stellvertretendes Mitglied)

Gem. § 50 Abs. 3 Satz 7 der Gemeindeordnung NRW (GO) bestimmt der Rat auf Vorschlag der Fraktion, der das ausgeschiedene Mitglied bei seiner Wahl angehörte, eine/n Nachfolger/in.

Die FDP-Fraktion wurde gebeten, für diese Sitzung Vorschläge für die Nachfolger/innen zu machen.

Außerdem war Frau Wroblwski stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport. Der Nachfolger wird von der FDP-Fraktion benannt. Ein Beschluss des Rates ist nicht notwendig.

Darüber hinaus hat Herr Jens Schleife seinen Hauptwohnsitz nicht mehr in Hückeswagen dadurch ist er nicht mehr berechtigt, an den Sitzungen des Ausschusses als sachkundiger Bürger der CDU teilzunehmen. Herr Schleife war bisher Mitglied in den folgenden Gremien.

- Betriebsausschuss „Freizeitbad“ (Mitglied)
- Ausschuss für Schule, Kultur und Sport (Mitglied)
- Ausschuss für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt (stellvertretendes Mitglied)

Des Weiteren hat Herr Horst Schreiber (CDU) sein Ratsmandat niedergelegt und die Mitarbeit in einigen Ausschüssen beendet. Es handelt sich um die folgenden Gremien:

- Haupt- und Finanzausschuss (Mitglied)
- Ausschuss für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt (Mitglied)
- Nordrhein Westfälischer Städte- und Gemeindebund (Mitglied)
- Gesellschafterversammlung der HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co KG
- Gesellschafterversammlung der HEG Verwaltungs-GmbH
- Aufsichtsrat der HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft

In der Konsequenz aus diesen Änderungen haben auch Frau Annegret Busch und Herr Guido Verwied die folgenden Mandate niedergelegt:

- Frau Annegret Busch: Mitglied im Ausschuss für Bauen und Verkehr
- Herr Guido Verwied: stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bauen und Verkehr

Außerdem war Frau Annegret Busch 2. stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bauen und Verkehr. Der Nachfolger wird von der CDU-Fraktion benannt. Ein Beschluss des Rates ist nicht notwendig.

Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 29.01. und 03.02.2012 die Vorschläge für Nachfolger/innen eingereicht (s. Anlage und Beschlussvorschlag).

Der Bürgermeister ist bei den Abstimmungen zur Ausschussbesetzung gem. § 40 Absatz 2 GO nicht stimmberechtigt. Bei der Abstimmung zur Wiederbesetzung der sonstigen Gremien ist er stimmberechtigt.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Torsten Kemper

Anlagen:

Schreiben der CDU-Fraktion vom 29.01.2012 und 03.02.2012

Ö 3

CDU

Stadtratsfraktion

CDU-Fraktion ⊠ 42490 Hückeswagen

Herrn
Bürgermeister Uwe Ufer
Auf'm Schloss 1

42499 Hückeswagen

Fraktionsvorsitzender:

Horst Schreiber
Eckenhausen 2
42499 Hückeswagen

Tel.: 02192 4545
Fax: 02192 854658
E-Mail: hsh39@gmx.de

29. Januar 2012

Betr.: Änderung Ausschussbesetzungen die CDU-Fraktion betreffend

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ufer,

Herr Horst Schreiber, der die CDU-Fraktion mehr als 10 Jahre geführt hat, gibt zum 01.02.2012 sein Amt als Fraktionsvorsitzender ab und scheidet ab 01.03.2012 aus dem Stadtrat aus. Er wird aber erfreulicherweise weiter als sachkundiger Bürger mitarbeiten.

Die CDU-Fraktion hat in ihrer Sitzung am 26. Januar 2012 ihren Fraktionsvorstand neu gewählt. Mit Wirkung vom 01.02.2012 ist der Fraktionsvorstand wie folgt besetzt:

Fraktionsvorsitzender:	**Christian Schütte**
1. stellvertretender Vorsitzender:	**Frank Moritz**
2. stellvertretender Vorsitzender:	**Willi Endresz**
Fraktionsgeschäftsführerin:	**Cornelia Päper**
Schatzmeister:	**Andreas Noll**

Herr Friedhelm Malecha wird für Herrn Schreiber in den Stadtrat nachrücken.

Herr Jens Schleife hat seinen ersten Wohnsitz nicht mehr in Hückeswagen und scheidet daher als sachkundiger Bürger aus.

Hierdurch ergeben sich nun Umbesetzungen in 5 Ausschüssen, die nachfolgend aufgeführt werden:

Haupt- und Finanzausschuss
Harald Bannies als ordentliches Mitglied anstelle von Horst Schreiber
Friedhelm Malecha anstelle von Harald Bannies als stellv. Mitglied

Ausschuss für Schule, Kultur und Sport
Thomas Bürger (skB) als ordentliches Mitglied anstelle von Jens Schleife

Ausschuss für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt
Christian Schütte als ordentliches Mitglied anstelle von Horst Schreiber
Horst Schreiber (skB) als stellv. Mitglied anstelle von Jens Schleife

Ausschuss für Bauen und Verkehr
Friedhelm Malecha als ordentliches Mitglied und 2. stellv. Vorsitzender anstelle von Annegret Busch
Horst Schreiber (skB) als ordentliches Mitglied
Annegret Busch als stellv. Mitglied anstelle von Guido Verwied

Betriebsausschuss „Freizeitbad"
Andreas Winkelmann (skB) als ordentliches Mitglied anstelle von Jens Schleife

NRW Städte- und Gemeindebund
Christian Schütte anstelle von Horst Schreiber

Mit freundlichen Grüßen

Cornelia Päper
Fraktionsgeschäftsführerin
CDU Fraktion

Ö 3

CDU

Stadtratsfraktion

CDU-Fraktion ☒ 42490 Hückeswagen

Herrn
Bürgermeister Uwe Ufer
Auf'm Schloss 1

42499 Hückeswagen

Fraktionsvorsitzender:

Christian Schütte
Jung-Stilling-Straße 70
42499 Hückeswagen

Tel.: 02192 932642
Fax: 02192 932647
E-Mail: chrs1@t-online.de

03. Februar 2012

Betr.: Änderungen Besetzungen HEG die CDU-Fraktion betreffend

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ufer,

ergänzend zu meinem Schrieben vom 29.01.2012 hier noch die Änderungen bezüglich der HEG:

Da die Gesellschafterversammlung der HEG personenidentisch zum Hauptausschuss besetzt ist, rückt hier Harald Bannies an die Stelle von Horst Schreiber.

Im Aufsichtsrat übernimmt Christian Schütte den Sitz von Horst Schreiber.

Weiterhin müssen wir noch ein stellvertretendes Mitglied für den Aufsichtsrat der HEG benennen. Hier hat hat sich die CDU-Fraktion in ihrer Sitzung vom 02.02.2012 für Willi Endresz entschieden.

Mit freundlichen Grüßen

Cornelia Päper

Cornelia Päper
Fraktionsgeschäftsführerin
CDU Fraktion

Ö 4

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich I - Steuerungsunterstützung / Service
Sachbearbeiter/in: Jörg Tillmanns

Vorlage

Datum: 10.02.2012
Vorlage FB I/1674/2012

TOP	**Betreff** **Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012**

Beschlussentwurf:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt / der Rat beschließt die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2012 gemäß Anlage 1.

Beratungsfolge	**Termin**	**Behandlung**
Haupt- und Finanzausschuss	06.03.2012	öffentlich
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

Auf den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wird verwiesen.

Der Entwurf der Haushaltssatzung wurde an der Bekanntmachungstafel am Wilhelmplatz ausgehängt und öffentlich bekannt gemacht. Von der Möglichkeit, innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist Einwendungen gegen den Entwurf zu erheben, wurde kein Gebrauch gemacht.

Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf haben sich erhebliche Veränderungen der Planwerte ergeben. Diese sind für den Bereich des Ergebnisplanes in der Anlage 2 aufgeführt; die Änderungen werden in der Anlage 3 erläutert.

Mit der Anlage 4 wird eine Veränderung des Finanzplanes dargestellt; die entsprechende Erläuterung hierzu ist in Anlage 5 enthalten.

Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf ergeben sich im Wesentlichen folgende Änderungen:

Ergebnisplan:

- Einplanung einer Sanierung der Dusch- und Waschbereiche in der Turnhalle Hauptschule
- Streichung des Erstattungsbetrages für die Kosten der Beteiligung der Städte Radevormwald und Hückeswagen am Berufskolleg Oberberg
- Reduzierung der Ansätze für „Erträge aus Gewinnanteilen“ im Jahr 2012 wegen zwingender Realisation der Gewinnabführung (Gewinn 2010) des Betriebes Freizeitbad und des Betriebes Abwasserbeseitigung im Rechnungsjahr 2011
- Erhöhung der Mittel im Bereich Stadtplanung für die planerische Umsetzung der zukünftigen Nutzungsänderung eines größeren Industrieareals im innerstädtischen Bereich
- Änderungen bei der geplanten Eigenkapitalrückführungen des Betriebes Abwasserbeseitigung
- Erhöhung des Ansatzes für Gewerbesteueraufkommen
- Änderungen beim Anteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer
- Änderungen des Ansatzes für die Schlüsselzuweisungen aufgrund neuer Orientierungsdaten
- Änderungen der Ansätze für die Kreisumlage

Alle Veränderungen werden in den bezeichneten Anlagen dargestellt und begründet.

Finanzplan:

- Einsatz freier Mittel aus Schulpauschale für die Finanzierung der Sanierung der Dusch- und Waschbereiche in der Turnhalle Hauptschule

Die Veränderungen der Plandaten sowie die ausführliche Erläuterung ergeben sich aus den Anlagen 4 und 5.

Es ist zusammenfassend festzuhalten, dass sich aufgrund des geringen Investitionsvolumens in Jahr 2014 kein Kreditbedarf ergibt. Die Veränderung im Bereich des Einsatzes der Schulpauschale im Jahr 2012 hat keine Veränderung des Kreditbedarfs zur Folge. Er ergeben sich daher unverändert folgende aktuelle Werte:

	2012	**2013**	**2014**	**2015**
Kreditbedarf bisher	411.740 €	427.730 €	0 €	350.630 €
Kreditbedarf neu	411.740 €	427.730 €	0 €	350.630 €
Differenz	0 €	0 €	0 €	0 €

Aus den dargestellten Veränderungen im Ergebnisplan ergeben sich sowohl Verschlechterungen als auch Verbesserungen der Planergebnisse in den Jahren 2012 bis 2015. Im letzten Planjahr kann nun ein Ausgleich dargestellt werden.

Auf die beigefügte Übersicht zur Entwicklung des Eigenkapitals wird verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Jörg Tillmanns

Anlagen:

Anlage 1: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012
Anlage 2: Veränderungsliste Ergebnisplan
Anlage 3: Erläuterungen zur Veränderungsliste Ergebnisplan
Anlage 4: Veränderungsliste Finanzplan
Anlage 5: Erläuterungen zur Veränderungsliste Finanzplan
Anlage 6: Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals

Anlage 1

Haushaltssatzung

der Stadt Hückeswagen für das Haushaltsjahr 2012

Aufgrund der §§ 78 ff der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW S. 666), in der jeweils gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Hückeswagen mit Beschluss vom 20.03.2012 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	**25.744.445 €**
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	**28.847.734 €**

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	**24.642.982 €**
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	**25.722.399 €**
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	**1.750.540 €**
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	**2.418.730 €**

festgesetzt.

12/104

O: 4

Anlage 1

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf **411.740 €**

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **1.120.000 €**

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf **3.103.289 €**

und

die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf **0 €**

festgesetzt.

15/04

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **25.000.000 €**

festgesetzt.

Anlage 1

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2012 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1.	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	**305 v.H.**
1.2.	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	**435 v.H.**
2.	Gewerbesteuer auf	**450 v.H.**

§ 7

Haushaltssicherungskonzept (entfällt)

§ 8

(1) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind als erheblich im Sinne des § 83 Abs. 2 GO anzusehen, wenn sie 10.000 € überschreiten.

(2) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen und bilanziellen Abschreibungen können in Abweichung von Abs. 1 im Sinne des § 83 Abs. 2 GO grundsätzlich vom Kämmerer genehmigt werden.

(3) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bei Zahlungsverpflichtungen aufgrund rechtlicher Vorgaben können in Abweichung von Abs. 1 im Sinne des § 83 Abs. 2 GO grundsätzlich vom Kämmerer genehmigt werden.

1403104

Veränderungsliste Ergebnisplan zum Haushaltsplanentwurf vom 16.12.2012

PG	Kontenbereich	Objekt	EP 2012			EP 2013			EP 2014			EP 2015			Erl.
			Planwert alt	Planwert neu	+ / -	Planwert alt	Planwert neu	+ / -	Planwert alt	Planwert neu	+ / -	Planwert alt	Planwert neu	+ / -	
		AB :		**2.805.189,39**			**2.973.440,02**			**3.845.457,84**			**1.123.637,42**		
1114	Sanierungsmaßnahmen	Regionales Gebäudemanagement	0,00	85.000,00	85.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-10.000,00	-10.000,00	0,00	01
2102	Zuweisung Land-Schulpauschale	Hauptschulen	-23.400,00	-108.400,00	-85.000,00	-83.400,00	-83.400,00	0,00	-30.900,00	-30.900,00	0,00	-34.400,00	-34.400,00	0,00	02
2106	Lehr- und Unterrichtsmittel	Sonderschulen	2.570,00	6.570,00	4.000,00	2.300,00	2.300,00	0,00	1.990,00	1.990,00	0,00	1.940,00	1.940,00	0,00	03
2107	Erstattungen von Gemeinden	Berufskolleg	-183.000,00	0,00	183.000,00	-183.000,00	0,00	183.000,00	-183.000,00	0,00	183.000,00	-183.000,00	0,00	183.000,00	04
2507	Zuschüsse an übrige Bereiche	Musikschule	15.340,00	17.340,00	2.000,00	15.340,00	17.340,00	2.000,00	15.340,00	17.340,00	2.000,00	15.340,00	17.340,00	2.000,00	05
4203	Erträge aus Gewinnanteilen	Betrieb Freizeitbad	-800.000,00	-400.000,00	400.000,00	-400.000,00	-400.000,00	0,00	-400.000,00	-400.000,00	0,00	-400.000,00	-400.000,00	0,00	06
4203	Kapitalertragssteuer	Betrieb Freizeitbad	120.000,00	60.000,00	-60.000,00	60.000,00	60.000,00	0,00	60.000,00	60.000,00	0,00	60.000,00	60.000,00	0,00	07
4203	Solidaritätszuschlag	Betrieb Freizeitbad	6.600,00	3.300,00	-3.300,00	3.300,00	3.300,00	0,00	3.300,00	3.300,00	0,00	3.300,00	3.300,00	0,00	08
5101	Zuweisungen vom Land	Räumliche Planung	0,00	-15.600,00	-15.600,00	0,00	-23.000,00	-23.000,00	0,00	-13.300,00	-13.300,00	0,00	0,00	0,00	09
5101	Erstattungen von Gemeinden	Räumliche Planung	0,00	-7.000,00	-7.000,00	0,00	-10.200,00	-10.200,00	0,00	-6.000,00	-6.000,00	0,00	0,00	0,00	10
5101	Zuweisungen vom Land	Räumliche Planung	-15.600,00	-15.600,00	0,00	-23.000,00	-113.000,00	-90.000,00	-13.300,00	-13.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11
5101	Sonst. Sach- u. Dienstleistungen	Räumliche Planung	96.100,00	146.100,00	50.000,00	78.300,00	208.300,00	130.000,00	52.300,00	52.300,00	0,00	30.000,00	30.000,00	0,00	12
5307	Erträge aus Gewinnanteilen	Betrieb Abwasserbeseitigung	-1.374.500,00	-698.500,00	676.000,00	-702.000,00	-702.000,00	0,00	-701.000,00	-701.000,00	0,00	-661.000,00	-661.000,00	0,00	13
5307	Erträge aus Gewinnanteilen	Betrieb Abwasserbeseitigung	-750.000,00	-650.000,00	100.000,00	-900.000,00	-200.000,00	700.000,00	0,00	0,00	0,00	-2.050.000,00	-1.950.000,00	100.000,00	14
5701	Andere Verwaltungs- u. Betriebsa.	Marketing	5.000,00	15.000,00	10.000,00	4.400,00	4.400,00	0,00	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00	0,00	15
6101	Gewerbesteuer	Allgemeine Finanzwirtschaft	-6.400.000,00	-7.200.000,00	-800.000,00	-6.780.000,00	-7.630.000,00	-850.000,00	-7.090.000,00	-7.970.000,00	-880.000,00	-7.400.000,00	-8.290.000,00	-890.000,00	16
6101	Gemeindeant. Einkommenssteuer	Allgemeine Finanzwirtschaft	-5.623.000,00	-5.916.000,00	-293.000,00	-6.040.000,00	-6.260.000,00	-220.000,00	-6.340.000,00	-6.630.000,00	-290.000,00	-6.690.000,00	-7.010.000,00	-320.000,00	17
6101	Gemeindeant. Umsatzsteuer	Allgemeine Finanzwirtschaft	-533.000,00	-603.000,00	-70.000,00	-547.000,00	-620.000,00	-73.000,00	-561.000,00	-639.000,00	-78.000,00	-576.000,00	-658.000,00	-82.000,00	18
6101	Schlüsselzuweisungen Land	Allgemeine Finanzwirtschaft	-2.299.000,00	-2.299.000,00	0,00	-2.230.000,00	-2.221.000,00	9.000,00	-1.916.000,00	-2.321.000,00	-405.000,00	-1.601.000,00	-2.407.000,00	-806.000,00	19
6101	Gewerbesteuerumlage	Allgemeine Finanzwirtschaft	498.000,00	560.000,00	62.000,00	528.000,00	593.000,00	65.000,00	552.000,00	620.000,00	68.000,00	574.000,00	645.000,00	71.000,00	20
6101	Finanzierungsb. Fonds Dt. Einh.	Allgemeine Finanzwirtschaft	484.000,00	544.000,00	60.000,00	513.000,00	576.000,00	63.000,00	536.000,00	602.000,00	66.000,00	557.000,00	626.000,00	69.000,00	21
6101	Kreisumlage	Allgemeine Finanzwirtschaft	11.041.000,00	11.041.000,00	0,00	10.899.000,00	11.090.000,00	191.000,00	10.982.000,00	11.236.000,00	254.000,00	10.867.000,00	11.391.000,00	524.000,00	22
		EB :		**3.103.289,39**			**3.050.240,02**			**2.746.157,84**			**-25.362,58**		

D3/D4

D: 4

Anlage 3

Erläuterungen zur Veränderungsliste Ergebnisplan zum Haushaltsplanentwurf vom 10.12.2010

Erl-Nr.	
01	Das Duschwasser wird nach der Trinkwasserverordnung auf Legionellen untersucht. Bei den letzten Untersuchungen an der Duschwasseranlage der Turnhalle Hauptschule waren die Werte eindeutig zu hoch. Entsprechende kleinere Maßnahmen konnten die Werte nicht grundlegend verbessern. Die Dusch- und Waschbereiche mussten daraufhin für jegliche Nutzung gesperrt werden. Es wurde ein Ingenierurbüro für die Unterbreitung von Vorschlägen zur Abwehr der Legionellengefahr eingeschaltet. Das Büro schlägt den Einbau eines neuen Brauchwasserspeichers mit Brennwerttherme vor. Hierfür muss eine Gasleitung in den Turnhallenbereich verlegt werden. Im Rahmen der Sanierungsarbeiten sollen auch noch drei große Heizpumpen durch elektronische Pumpen ersetzt werden. Dadurch kann der Stromverbrauch an dieser Stelle um 60 % reduziert werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 85.000 € (Zur Finanzierung der Maßnahme siehe auch Pos. 2 Erläuterungen Ergebnisplan).
02	Zur Finanzierung der Maßnahme in den Durch- und Waschbereichen der Turnhalle Hauptschule (siehe Pos. 1. Erläuterungen Ergebnisplan) werden freie Mittel aus der Schulpauschale eingesetzt, so dass die Maßnahme im Ergebnisplan ergebnisneutral dargestellt werden kann. Eine entsprechende Reduzierung der freien Mittel aus der Schulpauschale erfolgt im Finanzplan (siehe Pos. 1 Erläuterungen Finanzplan).
03	In der Erich-Kästner-Schule ist kürzlich der naturwissenschaftliche Raum neu eingerichtet worden. Nach der längeren Nichtbenutzung in der Umbauphase muss nun eine Grundausstattung an kleineren Ausstattungsgegenständen wie z.B. Reagenzgläsern oder Chemikalien erfolgen um den Unterricht entsprechend dem Lehrplan durchführen zu können. Hierfür fallen ca. 4.000 € an. Da lange Zeit unklar war, ob und wann der Raum eingerichtet werden sollte, wurden bislang noch keine Mittel eingeplant.
04	Eine Beteiligung der Städte Radevormwald und Hückeswagen an den Kosten des Berufskolleg Oberberg scheint unvermeidlich. Dies wird auch bestätigt durch aktuellen Schriftverkehr zwischen der Regierungspräsidentin und dem Oberbergischen Kreis. Dem Umstand, dass die beiden Städte auch Kosten für ihr Berufskolleg Bergisch Land tragen, soll Rechnung getragen werden. Dies geschieht nach einer neuen Modellrechnung des Kreises aber nicht im Wege einer Erstattung der „Wermelskirchener Kosten“, sondern durch eine Modifizierung der für die Umlageberechnung heranzuziehenden Umlagegrundlagen. Der eingeplante Erstattungsbetrag ist daher aus der Planung heraus zu nehmen.
05	Gemäß einer Vereinbarung zwischen dem Bürgermeister, der Musikschule und dem Kulturverein Haus Zach soll die Musikschule im Laufe des Jahres 2012 mit der überwiegenden Zahl der Schüler und Musikgruppen in das Haus Zach umziehen. Die dafür entstehenden Mietkosten von ca. 6.000 € im Jahr werden zwischen den drei Parteien aufgeteilt. Daher erhöht sich Zuschuss der Stadt um jährlich 2.000 €.
06 - 08	Nach der Verfügung der Kommunalaufsicht vom 20.12.2012 ist die Gewinnabführung (Gewinn 2010) des Betriebes Freizeitbad zwingend im Rechnungsjahr 2011 zu realisieren. Entsprechend reduziert sich die Ansätze für die „Erträge aus Gewinnanteilen“, der „Kapitalertragssteuer“ und dem „Solidaritätszuschlag“ für 2012.

Anlage 3

Erl-Nr.

09 - 10 Bei der Eingabe der Mittelanforderungen für das Jahr 2012 wurden diese Einnahmepositionen irrtümlich nicht mit erfasst. Dies wird nun nachgeholt.

11 - 12 Im innerstädtischen Bereich wird sich die Nutzungsstruktur im Laufe der nächsten zehn Jahre deutlich verändern. Ein größeres Industrieareal wird in seiner Nutzung aufgegeben. Dies führt zu Herausforderungen und Chancen in der Stadtentwicklung. Ziel muss es sein, das Gelände neuen Nutzungen und Bebauungen zuzuführen, die im Hinblick auf Infrastruktur, Wohnnutzung, Arbeitswelt und Naherholung eine Bereicherung für die Stadt sein werden.

Als Instrument für die Ideenentwicklung und planerische Umsetzung einer Konzeption soll 2013 ein offener städtebaulicher Ideenwettbewerb durchgeführt werden. Die Vorbereitungen hierfür (z.B. Entwicklung der Rahmenbedingungen, städtebauliche Zielvorgaben, Datenerhebung, Vermessung, digitale Geländemodellierung, etc.) sind in 2012 zu treffen.

Es wird versucht, den Konversionsprozess über die Städtebauförderung des Landes Nordrhein-Westfalen mit finanzieren zu lassen, das rechtliche Instrumentarium bieten §§ 171a ff. BauGB (Stadtumbaumaßnahmen). Hierfür ist ein Förderantrag mit Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) vorzubereiten.

Der städtebauliche Wettbewerb 2013 wird eine finanzielle Größenordnung von rd. 130 T€ (förderfähig 120 T€) haben, die Vorbereitungen 2012 werden sich auf rd. 50.000 € belaufen.

Voraussichtlich nicht förderfähig ist die Mitwirkung eines Planungsbüros bei der Erstellung des Förderantrags mit KoFi in einer Größenordnung von rd. 10 T€. Bei den Vorbereitungsmaßnahmen (40 T€) können rd. 75 % der Leistungen förderfähig sein.

Wenn der förderunschädliche vorzeitige Maßnahmenbeginn in 2012 genehmigt werden sollte, könnten die Vorbereitungsmaßnahmen in diesem Jahr durchgeführt werden. Bei einem derzeitigen Fördersatz von 60 % können Fördermittel i. H. v. 90 T€ für 2013 vorgesehen werden.

13 Nach der Verfügung der Kommunalaufsicht vom 20.12.2012 ist die Gewinnabführung (Gewinn 2010) des Betriebes Abwasserbeseitigung zwingend im Rechnungsjahr 2011 zu realisieren. Entsprechend reduziert sich der Ansatz für „Erträge aus Gewinnanteilen“.

14 Die bisherigen Berechnungen zum Jahresabschluss 2011 ergeben einen Überschuss von mindestens 5.090.227 € (höchstmöglich aufzufüllender Bestand der Ausgleichsrücklage). Dies und die verbesserte Ertragssituation bei den Steuern und den Schlüsselzuweisungen lassen eine Reduzierung der bisher eingeplanten Eigenkapitalrückführung des Betriebes Abwasserbeseitigung zu.

15 Für den Bereich Marketing sind letztmalig im Jahr 2009 Flyer und Broschüren erstellt und bestellt worden. Nun sind die Bestände verbraucht. Aufgrund der vielen baulichen Veränderungen in Hückeswagen sollen die alten Prospekte nicht einfach nur nachgedruckt sondern neu erstellt werden, damit die Neuerungen (z.B. Stadtstraße, Wupperauen, Rad-/Wanderwegenetz, etc.) mit vermarktet werden können.

Zur individuellen Präsens soll es zukünftig spezielle Themenflyer und Broschüren (z.B. Werbeflyer, Messebeteiligungen, etc.) mit einheitlichem Design geben.

Anlage 3

Erl-Nr.	
16	Das Gewerbesteueraufkommen für 2011 beläuft sich auf rd. 6,8 Mio € (Ansatz 6 Mio €). Aufgrund dieser positiven Entwicklung ist das bisher veranschlagte Aufkommen für 2012 zu gering angesetzt. Nunmehr erscheint ein Gewerbesteueraufkommen 2012 in Höhe von 7,2 Mio € realistisch. Die Erhöhungen der Folgejahre ergeben sich unter Anwendung der Orientierungsdaten 2012.
17 - 18	Mitte Dezember 2011erfolgte durch das Finanzministerium NRW eine Korrektur der regionalisierten November-Steuerschätzung. Unter Berücksichtigung dieser Meldung ergeben sich die nunmehr eingeplanten positiven Veränderungen beim Anteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer.
19	Im Dezember 2011 wurden die Steigerungsraten für die Schlüsselzuweisungen für die Jahre bis 2015 in einem Änderungserlass des Finanzministeriums neu festgesetzt. Unter Anwendung dieser neuen Orientierungsdaten ergeben sich die insgesamt positiven Veränderungen.
20 - 21	Anpassung der Ansätze für „Gewerbesteuerumlage“ und „Finanzierungsbeteiligung Fonds Dt. Einheit“ aufgrund des erhöhten Aufkommens bei der Gewerbesteuer (s. Erl.Ziffer 15).
22	Aufgrund erhöhter Umlagegrundlagen (Summe aus Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen) ergeben sich unter Anwendung der vom Oberbergischen Kreis bekannt gegebenen Kreisumlagehebesätze die ausgewiesenen Veränderungen.

Veränderungsliste Finanzplan (nur investive Maßnahmen) zum Haushaltsplanentwurf vom 16.12.2011

PG	Kontenbereich	Objekt	INV 2012			INV 2013			INV 2014			INV 2015			Erl.
			Planwert alt	Planwert neu	+ / -	Planwert alt	Planwert neu	+ / -	Planwert alt	Planwert neu	+ / -	Planwert alt	Planwert neu	+ / -	
6101	Investitionszuweisungen vom Land	Schulpauschale	-253.210,00	-168.210,00	85.000,00	-208.210,00	-208.210,00	0,00	-238.610,00	-238.610,00	0,00	-201.210,00	-201.210,00	0,00	01
		Veränderung :			**85.000,00**			**0,00**			**0,00**			**0,00**	

Anlage 5

Erläuterungen zur Veränderungsliste Finanzplan zum Haushaltsplanentwurf vom 10.12.2010

Erl-Nr.

01 Die Dusch- und Waschräume in der Turnhalle Hauptschule mussten aufgrund erhöhter Legionellenaufkommen gesperrt werden. Eine entsprechende Sanierung ist unumgänglich (siehe Pos. 1 und 2 Erläuterungen Ergebnisplan). Zum Ausgleich der zusätzlichen konsumtiven Aufwendungen im Ergebnisplan wurden zusätzliche Mittel der Schulpauschale zugeordnet. Diese Mittel müssen deswegen an dieser Stelle reduziert werden und verringern den Zugang zu den sonstigen Verbindlichkeiten (siehe auch Haushaltsplanentwurf 2012, Seite 76, Zeile "Summe der konsumtiven Aufwendungen" und Zeile "Zuführung zu den sonstigen Verbindlichkeiten")

Hinweis: Auf Seite 65 des Haushaltsplanentwurfs 2012 ist unter dem Investitionsobjekt Nr. 5000216 - Erwerb Ersatz Gazelle Kipper Bauhof eine geplante Auszahlung von 30.000 € angegeben. Hier handelt es sich um einen Schreibfehler. Tatsächlich muss der Auszahlungswert 40.000 € lauten wie auch im Finanzplan eingeplant (siehe Haushaltsplanentwurf 2012, Seite 193, Investitionsobjekt Nr. 5000216 - Erwerb Ersatz Gazelle Kipper).

O: 4

Entwicklung des Eigenkapitals

Jahr	PASSIVA *(Auszug)*	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Jahresergebnis	Verringerung des Eigenkapitals	Erhöhung des Eigenkapitals	Sonstige Änderungen des Eigenkapitals	Stand zu Ende eines Haushaltsjahres	Haushalts-			
								Ausgleich	Genehmigung	Sicherung § 76 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW 1/4 allg. Rückl.	Sicherung § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW 1/20 allg. Rückl.
2008	**1. Eigenkapital**										
	1.1 Allgemeine Rücklage	53.093.133 €	182.549 €	0 €	0 €	-5.261 €	53.087.872 €	**Ja**	**Nein**	13.273.283 €	2.654.657 €
	1.2 Ausgleichsücklage	1.828.813 €		0 €	182.549 €		2.011.362 €			**Nein**	**Nein**
	Summe Eigenkapital	**54.921.946 €**		**0 €**	**182.549 €**	**-5.261 €**	**55.099.234 €**				
2009	**1. Eigenkapital**										
	1.1 Allgemeine Rücklage	53.087.872 €	-3.044.353 €	1.032.991 €	0 €	33.471 €	52.088.352 €	**Nein**	**Ja**	13.271.968 €	2.654.394 €
	1.2 Ausgleichsücklage	2.011.362 €		2.011.362 €	0 €		0 €			**Nein**	**Nein**
	Summe Eigenkapital	**55.099.234 €**		**3.044.353 €**	**0 €**	**33.471 €**	**52.088.352 €**				
2010	**1. Eigenkapital**										
	1.1 Allgemeine Rücklage	52.088.352 €	-23.401.057 €	23.401.057 €	0 €	-23.726 €	28.663.569 €	**Nein**	**Ja**	13.022.088 €	2.604.418 €
	1.2 Ausgleichsücklage	0 €		0 €	0 €		0 €			**Ja**	**Ja**
	Summe Eigenkapital	**52.088.352 €**		**23.401.057 €**	**0 €**	**-23.726 €**	**28.663.569 €**				
2011	**1. Eigenkapital**		*)								
	1.1 Allgemeine Rücklage	28.663.569 €	5.090.227 €	0 €	0 €	0 €	28.663.569 €	**Ja**	**Ja**	7.165.892 €	1.433.178 €
	1.2 Ausgleichsücklage	0 €		0 €	5.090.227 €		5.090.227 €			**Nein**	**Nein**
	Summe Eigenkapital	**28.663.569 €**		**0 €**	**5.090.227 €**	**0 €**	**33.753.796 €**				
2012	**1. Eigenkapital**										
	1.1 Allgemeine Rücklage	28.663.569 €	-3.103.289 €	0 €	0 €	0 €	28.663.569 €	**Ja**	**Nein**	7.165.892 €	1.433.178 €
	1.2 Ausgleichsücklage	5.090.227 €		3.103.289 €	0 €		1.986.938 €			**Nein**	**Nein**
	Summe Eigenkapital	**33.753.796 €**		**3.103.289 €**	**0 €**	**0 €**	**30.650.507 €**				
2013	**1. Eigenkapital**										
	1.1 Allgemeine Rücklage	28.663.569 €	-3.050.240 €	1.063.302 €	0 €	0 €	27.600.267 €	**Nein**	**Ja**	7.165.892 €	1.433.178 €
	1.2 Ausgleichsücklage	1.986.938 €		1.986.938 €	0 €		0 €			**Nein**	**Nein**
	Summe Eigenkapital	**30.650.507 €**		**3.050.240 €**	**0 €**	**0 €**	**27.600.267 €**				
2014	**1. Eigenkapital**										
	1.1 Allgemeine Rücklage	27.600.267 €	-2.746.158 €	2.746.158 €	0 €	0 €	24.854.109 €	**Nein**	**Nein**	6.900.067 €	1.380.013 €
	1.2 Ausgleichsücklage	0 €		0 €	0 €		0 €			**Nein**	**Ja**
	Summe Eigenkapital	**27.600.267 €**		**2.746.158 €**	**0 €**	**0 €**	**24.854.109 €**				
2015	**1. Eigenkapital**										
	1.1 Allgemeine Rücklage	24.854.109 €	25.363 €	0 €	0 €	0 €	24.854.109 €	**Ja**	**Nein**	6.213.527 €	1.242.705 €
	1.2 Ausgleichsücklage	0 €		0 €	25.363 €		25.363 €			**Nein**	**Nein**
	Summe Eigenkapital	**24.854.109 €**		**0 €**	**25.363 €**	**0 €**	**24.879.472 €**				

*) Das geplante Jahresergebnis für das Jahr 2011 weist ein Defizit von -3.836.118 € aus. Aufgrund aktueller Umstände ist von einem Jahresüberschuss von mindestens 5.090.227 € (höchstmöglich aufzufüllender Bestand der Ausgleichsrücklage, siehe Erl. 14 Änderungen Ergebnisplan) auszugehen.

Ö 5

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Ratsbüro
Sachbearbeiter: Torsten Kemper

Vorlage

Datum: 05.03.2012
Vorlage RB/1694/2012

TOP	**Betreff** **Stellenpläne 2012**
Beschlussentwurf: Der Rat beschließt die von der Verwaltung vorgelegten Entwürfe der Stellenpläne 2012 für die allgemeine Verwaltung und die Eigenbetriebe.	

Beratungsfolge	**Termin**	**Behandlung**
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

<u>Anmerkungen zum Stellenplan allgemeine Verwaltung:</u>

Die Stellenzahl im Stellenplan für **Beamte** erhöht sich **um 0,1 Stellen**.

Es handelt sich um die Anpassung an die tatsächliche Stundenzahl von zwei Vertretungsstellen im Bereich des Fachbereich III an die tatsächlichen Verhältnisse (statt 1,0 neu 0,5 + 0,6).

Die Stellenzahl im Stellenplan für **Tarifbeschäftigte** reduziert sich **um 3,4 Stellen**.

Im Einzelnen entfällt eine halbe Stelle im Bereich der EDV (-0,5), im Bereich der Kämmerei wird eine Stelle an die tatsächlich Stundenzahl angepasst (-0,5) und im Bereich des Gebäudemanagements entfallen drei Stellen (-1,0 / -0,7 / -0,7).

Die Stelle einer Mitarbeiterin, die in die ARGE gewechselt hat, ist weiterhin im Stellenplan enthalten. Sie ist Beschäftigte der Stadt Hückeswagen, die Personalkosten werden jedoch von der ARGE ersetzt.

Insgesamt reduziert sich die Stellenzahl der allgemeinen Verwaltung **um 3,3 Stellen**.

<u>Anmerkungen zu den Stellenplänen der Eigenbetriebe:</u>

Die Stellenanzahl in den Eigenbetrieben bleibt unverändert.

Allgemeine Anmerkungen:

Auf die als Anlage beigefügten Stellenpläne sowie die Erläuterungen zu den nichtöffentlichen Vorlagen FB I/1680/2012, FB I/1653/2012 und FB I/1661/2012 aus den Fachausschüssen wird verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Torsten Kemper

Anlagen:

Entwurf der Stellenpläne 2012

A. Beamte

Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungs-gruppe	Zahl der Stellen 2012			Zahl der Stellen 2011	Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2011	Erläuterungen
		insgesamt	darunter mit Zulage	ausgesondert			
Wahlbeamte	B 3	1	AE 210,00 €/mtl.		1	1	
Bürgermeister	B 2						
Höherer Dienst	A 16						
	A 15				1		
	A 14	1	AE 100,00 €/mtl.			1	Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters
	A 13	2			2	2	
Gehobener Dienst	A 13						
	A 12	3			3	3	
	A 11	4			4	4	
	A 10						
	A 9	1			1	1	
Mittlerer Dienst	A 9	0,8			0,8	0,8	
	A 8	1					
	A 7	1			1	1	
	A 6	1,1			2	2,1	
	A 5						
Insgesamt		**15,9**			**15,8**	**15,9**	

B. Tariflich Beschäftigte

Entgelt-gruppen	Zahl der Stellen 2012	Zahl der Stellen 2011	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2011	Erläuterungen
15				
14	2	2	2	
13				
12	1	1	1	
11	5	5	5	
10	5	4	5	
9	17,1	18,1	17	
8	9,1	8,2	9,1	
7	3,3	3,3	3,3	
6	18,5	19,3	17,5	
5	10,56	11,06	11,56	
4	6	6	6	
3		0,6		
2	3,8	6,2	6,2	
1	0,2	0,2	0,2	
Insgesamt	**81,56**	**84,96**	**83,86**	

Stellenübersicht
Aufteilung nach Produktbereichen

A. Beamte

Produkt-bereich	Bezeichnung	Wahl-beamte	Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				
		B 3	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	A 5
11	Innere Verwaltung	1			1	2		2				0,8		1	1,1	
12	Sicherheit und Ordnung								1		0,5					
21	Schulträgeraufgaben								1				1			
25	Kultur															
31	Soziale Hilfen								2							
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe															
42	Sportförderung															
51	Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor															
52	Bauen und Wohnen															
54	Verkehrsflächen und -anlagen							1			0,5					
55	Natur- und Landschaftspflege															
56	Umweltschutz															
57	Wirtschaft und Tourismus															
	insgesamt	1			1	2		3	4		1	0,8	1	1	1,1	

B. Tariflich Beschäftigte

Produkt-bereich	Bezeichnung	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
11	Innere Verwaltung		1,3		6	7	11,4	3,3	6,5	9,6	3	2	1		2	
12	Sicherheit und Ordnung						5,1			3						
21	Schulträgeraufgaben		2,2			3,06			0,8							
25	Kultur					0,5			1	0,5						
31	Soziale Hilfen						1		0,2	4						
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0,2									1					
42	Sportförderung															
51	Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor											1				
52	Bauen und Wohnen										1					
54	Verkehrsflächen und -anlagen											1				
55	Natur- und Landschaftspflege		0,3				1									
56	Umweltschutz											1				
57	Wirtschaft und Tourismus								0,6							
	insgesamt	0,2	3,8		6	10,6	18,5	3,3	9,1	17,1	5	5	1		2	

1. Beamte zur Anstellung

Amtsbezeichnung	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2012	Zahl der Stellen 2011	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2011	Erläuterungen
Rät/innen z.A.	A 13				
Inspektor/innen z.A.	A 9				
Sekretär/innen z.A.	A 6				
Insgesamt		**0**	**0**	**0**	

2. Nachwuchskräfte

Bezeichnung	Art der Vergütung	Zahl der Stellen 2012	Zahl der Stellen 2011	beschäftigt am 01.10.2011	Erläuterungen
Inspektoranwärter/innen	Anwärterbezüge	1	1		
Sekretäranwärter/innen	Anwärterbezüge	1	1		
Praktikant/innen	Unterhaltszuschuss				
Auszubildende	Ausbildungsvergütung	3	3		
Insgesamt		**5**	**5**	**0**	

Stellenplan
Betrieb Freizeitbad

	Zahl der Stellen 2012		Zahl der Stellen 2011		Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2011		Erläuterungen
Tariflich Beschäftigte	Stellen	Entgeltgruppe	Stellen	Entgeltgruppe	Stellen	Entgeltgruppe	
	1	8 TVöD	1	8 TVöD	0,7	8 TVöD	
	1	6 TVöD	1	6 TVöD	1	6 TVöD	
	1	4 TVöD	1	4 TVöD	1	4 TVöD	
Insgesamt	3		3		2,7		

Stellenplan
Betrieb Abwasserbeseitigung

	Zahl der Stellen 2012		Zahl der Stellen 2011		Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2011		Erläuterungen
Tariflich Beschäftigte	Stellen	Entgeltgruppe	Stellen	Entgeltgruppe	Stellen	Entgeltgruppe	
	2	11 TVöD	2	11 TVöD	2	11 TVöD	
Insgesamt	2		2		2		

Ö 6

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich I - Steuerungsunterstützung / Service
Sachbearbeiter/in: Christel Goeke

Vorlage

Datum: 18.01.2012
Vorlage FB I/1651/2012

TOP	Betreff **Gewinnabführung Betrieb Freizeitbad**
Beschlussentwurf: Der Betriebsausschuss empfiehlt / Der Rat beschließt, aus dem Bilanzgewinn 2010 in Höhe von 728.090,32 € des Betriebes Freizeitbad einen Teilbetrag von 400.000,00 € an den städt. Haushalt abzuführen.	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Betriebsausschuss "Freizeitbad"	06.02.2012	öffentlich
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 29.11.2011 fasste der Rat der Stadt den Beschluss, den Bilanzgewinn des Betriebes Freizeitbad in Höhe von 728.090,32 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Mit Verfügung vom 20.12.2011 stellt die Kommunalaufsicht hinsichtlich der in 2011 nicht an den städt. Haushalt abgeführten Gewinne 2010 der Eigenbetriebe fest, dass „die ordentlichen Erträge aus den Gewinnbeteiligungen an den Sondervermögen Abwasser und Freizeitbad in 2011 zu realisieren sind“.

Aus diesem Grund schlägt die Betriebsleitung vor, aus dem vorgetragenen Bilanzgewinn 2010 des Betriebes Freizeitbad 400.000,00 € an den städt. Haushalt abzuführen. Der Restbetrag in Höhe von 328.090,32 € verbleibt als Gewinnvortrag gem. Ratsbeschluss vom 29.11.2011. Die Teil-Gewinnabführung erfolgt für den Betrieb zu Lasten des Geschäftsjahres 2012.

Finanzielle Auswirkungen:
Wie dargestellt

Beteiligte Fachbereiche:

FB	I	III	
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Christel Goeke

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

als untere staatliche Verwaltungsbehörde

OBERBERGISCHER KREIS | DER LANDRAT | 51641 Gummersbach

AMT FÜR FINANZWIRTSCHAFT UND KOMMUNALAUFSICHT

Moltkestraße 42
51643 Gummersbach

Kontakt: Herr Baumann/ Frau Gutowski
Zimmer-Nr.: 2-29/2-31
Mein Zeichen: 20/2
Tel.: 02261/88-2091/2
Fax: 02261/88-2099
E-Mail: kommunalaufsicht@obk.de
www.obk.de
Steuer-Nr. 212/5804/0178
USt.-Id.Nr. DE 122539628

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Auf'm Schloß
42499 Hückeswagen

Datum: 20. Dezember 2011

Haushaltsplan 2012 und mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung
Gewinnübertragung aus den städtischen Sondervermögen Freizeitbad und Abwasser

Bezug nehmend auf unser Gespräch am 02. Dezember 2011 fasse ich im Folgenden die wesentlichen Gesprächsergebnisse im Hinblick auf die in der Haushaltsplanung der Stadt Hückeswagen für das Jahr 2012 im Rahmen der Finanzplanung vorgesehene Gewinnübertragung aus den städtischen Sondervermögen Freizeitbad und Abwasser zusammen:

Der Verzicht auf die Gewinnübertragungen aus den städtischen Sondervermögen Freizeitbad und Abwasser von zusammen rd. 1 Mio. € im Jahr 2011 wurde von hier aus als nicht zulässig bewertet. Eine Kommune, die sich formal in der Haushaltssicherung befindet, ist gehalten, die HSK - Maßnahmen bis zu einer offiziellen Feststellung der Aufsichtsbehörde, dass keine Haushaltssicherungsphase mehr vorliegt, die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen fortzusetzen (s. Ziffer 2 „Zielbestimmung und Genehmigung eines HSK" der Handreichung des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW [MIK] zu § 76 GO). Die Feststellung des Wiedererreichens eines Haushaltsausgleichs und damit der Beendigung der Haushaltssicherung erfolgt auf der Grundlage des Erlasses des MIK vom 6.3. 2009 (Ziffer 3.2).

Die ordentlichen Erträge aus den Gewinnbeteiligungen an den Sondervermögen Abwasser und Freizeitbad sind in 2011 zu realisieren.

Im Auftrag

Baumann
Abteilungsleiter Kommunalaufsicht

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich I - Steuerungsunterstützung / Service
Sachbearbeiter/in: Christel Goeke

Vorlage

Datum: 19.01.2012
Vorlage FB I/1656/2012

TOP	Betreff **Wirtschaftsplan 2012 des Betriebes Freizeitbad**

Beschlussentwurf:
Der Betriebsausschuss empfiehlt / Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan 2012 des Betriebes Freizeitbad – bestehend aus dem Erfolgs-/Ergebnisplan und dem Vermögens- bzw. Finanzplan – in der vorliegenden Fassung.

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Betriebsausschuss "Freizeitbad"	06.02.2012	öffentlich
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2012 des Betriebes Freizeitbad ist dem Haushaltsplanentwurf 2012 beigefügt. Dieser liegt seit dem 12.01.2012 im Rathaus zur Abholung bereit; steht darüber hinaus auch in digitaler Form zur Verfügung. Die Haushaltssatzung 2012 wurde in der Ratssitzung am 16.12.2011 eingebracht.

Auf den Wirtschaftsplan 2012 sowie auf die Erläuterungen wird verwiesen.

Im Vorgriff auf den Wirtschaftsplan mussten bereits folgende Ausgaben getätigt werden:

Erfolgsplan:
525600 – Erstattung an verbundene Unternehmen
In seiner Sitzung am 16.12.2011 beschloss der Rat der Stadt für 2012 die Bereitstellung eines **Zuschusses an die Bürgerbad gGmbH** in Höhe von 250.000 €, der abhängig von der Liquidität der Gesellschaft in Teilbeträgen ausgezahlt wird. Eine Teil-Auszahlung i.H.v. 50.000 € ist bereits erfolgt.
Eine Einplanung im Wirtschaftsplan erfolgt nicht; die Auszahlungen belasten das Jahresergebnis des Betriebes.

Vermögensplan:
4300.000 – Maßnahmen zur technischen Erneuerung und Verbesserung
Die Ersatzbeschaffung der Förderpumpe an der Rutschbahn des Bades musste kurzfristig erfolgen, um einen Totalausfall zu verhindern. Die Förderpumpe sorgt dafür, dass Beckenwasser an den Rutscheneinstieg gefördert wird und die Rutschbahnfläche ständig mit Wasser ver-

sorgt ist. Ohne diesen Wasserfilm ist der Betrieb der Rutsche nicht möglich; damit hätte die einzige Attraktion für Kinder und Jugendliche nicht zur Verfügung gestanden.
Die Kosten belaufen sich auf rd. 3.000 €. Unter der o.g. Position sind 100.000 € für 2012 eingeplant. Die Finanzierung erfolgt aus liquiden Mitteln des Betriebes.

4300.0002 – Erneuerung von Einrichtungsgegenständen Gastronomie
Der im Bürgerbad befindliche Kiosk ist einschließlich Inventar verpachtet. Aufgrund des Ausfalls der Friteuse sowie des Kochfeldes musste kurzfristig eine Neuanschaffung beider Geräte erfolgen.
Die Kosten belaufen sich auf rd. 2.500 €. Unter der o.g. Position sind 5.000 € für 2012 eingeplant. Die Finanzierung erfolgt aus liquiden Mitteln des Betriebes.

Beteiligte Fachbereiche:

FB	I	III/FZB	
Kenntnis genommen			

_____ _____
Bürgermeister o.V.i.A. Christel Goeke

Anlage:
Wirtschaftsplan 2012

Betrieb

Freizeitbad

Hückeswagen

W i r t s c h a f t s p l a n

2 0 1 2

Entwurf

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

,

Wirtschaftsplan
für das
Wirtschaftsjahr 2012

- E n t w u r f –

I. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 wird

im Erfolgs-/Ergebnisplan	in den Erträgen auf	1.322.000,00 €
	in den Aufwendungen auf	712.660,00 €
	Jahresüberschuss	609.340,00 €
im Vermögensplan	in Aktiva	178.400,00 €
	in Passiva	178.400,00 €

festgesetzt.

II. Kredite

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2011 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf 50.900,00 € festgesetzt.

III. Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

IV. Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.000.000,00 € festgesetzt.

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Erfolgs-/Ergebnisplan 2012 (gem. § 15 EigVO aufgestellt nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ist rd. 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Ansatz 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Plan 2015 / EURO	Erl. Nr.
1.	**Umsatzerlöse**							
441200	Mieten und Pachten	65.260	65.300,00	65.300,00	65.300,00	65.300,00	65.300,00	01
441210	Mietnebenkosten	229.897	231.600,00	230.600,00	181.800,00	184.300,00	186.500,00	02
	Summe Umsatzerlöse	295.157	296.900,00	295.900,00	247.100,00	249.600,00	251.800,00	
2.	**Sonstige betriebliche Erträge**							
452200	Mahn-/Vollstreckungsgebühren	121	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	
452710	Schadenersatz als kostenmindernder Erlös	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
458300	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen	1.192	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
459100	Andere sonstige ordentliche Erträge	45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	Summe sonstige betriebliche Erträge	1.358	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	
3.	**Materialaufwand**							
	a) Aufwendungen f. Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren							
522100	Aufwendungen für Strom	60.038	50.000,00	78.000,00	67.500,00	68.500,00	69.000,00	03
522200	Aufwendungen für Gas	10.737	16.000,00	15.000,00	15.300,00	15.600,00	16.000,00	02
522300	Aufwendungen für Fernwärme	88.241	59.000,00	69.100,00	28.500,00	30.000,00	31.500,00	03
522700	Aufwendungen für Wasser	21.144	30.000,00	26.500,00	26.500,00	26.500,00	26.500,00	02
523100	Aufwendungen für Unterhaltung Grundstücke, Gebäude usw.	30.962	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	04
523300	Aufwendungen für Maschinen und technische Anlagen	29.469	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	04
	Summe Materialaufwand	240.590	220.000,00	253.600,00	202.800,00	205.600,00	208.000,00	
4.	**Personalaufwendungen**							
501200	Vergütung Tarifbeschäftigte	112.509	94.520,00	88.880,00	89.770,00	90.660,00	91.570,00	
501210	Gewährte Leistungszulagen	1.451	1.400,00	1.670,00	1.930,00	1.950,00	1.970,00	
501240	Jahressonderzahlung für Tarifbeschäftigte		0,00	6.590,00	6.650,00	6.720,00	6.790,00	05
502200	Beiträge Versorgungskassen Tarifbeschäftige	8.728	7.430,00	7.530,00	7.620,00	7.700,00	7.780,00	
503200	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung Tarifbeschäftigte	23.594	20.620,00	20.890,00	21.150,00	21.360,00	21.570,00	
504200	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Tarifbeschäftigte	0	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00	
507100	Aufwendungen für Rückstellung für nicht genommenen Urlaub	870	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
507200	Aufwendungen für Rückstellung für Überstunden	545	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
509100	Pauschalierte Lohnsteuer	453	600,00	600,00	600,00	600,00	600,00	
	Summe Personalaufwand	148.151	124.870,00	126.460,00	128.020,00	129.290,00	130.580,00	05

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Erfolgs-/Ergebnisplan 2012 (gem. § 15 EigVO aufgestellt nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ist rd. 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Ansatz 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Plan 2015 / EURO	Erl. Nr.
5.	**Abschreibung auf Sachanlagen**							
573200	Abschreibungen auf Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen bebauter Grundstücke	70.765	**71.000,00**	**71.000,00**	**71.000,00**	**71.000,00**	**71.000,00**	
575200	Abschreibungen auf technische Anlagen	10.790	**50.000,00**	**48.000,00**	**48.000,00**	**48.000,00**	**48.000,00**	
576100	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.930	**10.000,00**	**8.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	
576200	Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter	0	**500,00**	**500,00**	**500,00**	**500,00**	**500,00**	
	Summe Abschreibungen auf Sachanlagen	106.485	**131.500,00**	**127.500,00**	**124.500,00**	**124.500,00**	**124.500,00**	**06**
6.	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**							
522800	Aufwendungen für Abwasser	34.749	**57.100,00**	**33.000,00**	**35.000,00**	**35.000,00**	**35.000,00**	**02**
523130	Aufwendungen für Reinigung und Winterdienst für Grundstücke	177	**350,00**	**350,00**	**350,00**	**350,00**	**350,00**	
523710	Aufwendungen für Abfallentsorgung	7.175	**4.100,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**02**
525300	Erstattung an Kommunen	49.846	**57.900,00**	**50.000,00**	**50.000,00**	**48.000,00**	**48.500,00**	**07**
525400	Erstattung an Zweckverbände (SAP-Kosten)	3.645	**2.500,00**	**2.500,00**	**2.500,00**	**2.500,00**	**2.500,00**	
525600	Erstattung an verbundene Unternehmen	250.000	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**12**
541200	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung	0	**1.100,00**	**1.100,00**	**1.100,00**	**1.100,00**	**1.100,00**	
541300	Aufwendungen für übernommene Reisekosten	0	**300,00**	**300,00**	**300,00**	**300,00**	**300,00**	
541700	Personalnebenaufwendungen	0	**200,00**	**200,00**	**200,00**	**200,00**	**200,00**	
542310	Bankgebühren	42	**200,00**	**200,00**	**200,00**	**200,00**	**200,00**	
542700	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	8.273	**8.500,00**	**9.500,00**	**9.500,00**	**9.500,00**	**9.500,00**	**08**
543500	Telefon	0	**150,00**	**150,00**	**150,00**	**150,00**	**150,00**	
544120	Unfallversicherung	600	**800,00**	**800,00**	**800,00**	**800,00**	**800,00**	
544130	Gebäudeversicherung	12.865	**10.800,00**	**14.000,00**	**14.000,00**	**14.500,00**	**14.500,00**	**09**
544500	Verluste Abgang Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	5.317	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	
578200	Abschreibung auf Forderungen	0	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	
549200	Schadensfälle	0	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	
	Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	372.687	**144.000,00**	**117.100,00**	**119.100,00**	**117.600,00**	**118.100,00**	
7.	**Erträge aus Beteiligungen**							
469100	Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen	1.145.970	**1.100.000,00**	**1.020.000,00**	**1.020.000,00**	**1.020.000,00**	**1.020.000,00**	**10**
	Summe Erträge aus Beteiligungen	1.145.970	**1.100.000,00**	**1.020.000,00**	**1.020.000,00**	**1.020.000,00**	**1.020.000,00**	

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Erfolgs-/Ergebnisplan 2012 (gem. § 15 EigVO aufgestellt nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ist rd. 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Ansatz 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Plan 2015 / EURO	Erl. Nr.
8.	**Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge**							
461300	Zinserträge von Kommunen	4.081	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	
461700	Zinseerträge von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	986	**1.000,00**	**1.000,00**	**1.000,00**	**1.000,00**	**1.000,00**	
	Summe Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.066	**6.000,00**	**6.000,00**	**6.000,00**	**6.000,00**	**6.000,00**	**11**
9.	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen**							
551300	Zinsaufwendungen an Kommunen	0	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	
551700	Zinsaufwendungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	42.959	**41.200,00**	**39.400,00**	**37.500,00**	**35.700,00**	**33.800,00**	
551800	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	58.495	**52.800,00**	**40.000,00**	**38.500,00**	**37.000,00**	**35.500,00**	
	Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	101.454	**99.000,00**	**84.400,00**	**81.000,00**	**77.700,00**	**74.300,00**	**11**
10.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	*478.183*	***683.630,00***	***612.940,00***	***617.780,00***	***621.010,00***	***622.420,00***	
11.	**Sonstige Steuern**							
547100	Grundsteuer B	3.161	**3.600,00**	**3.600,00**	**3.600,00**	**3.600,00**	**3.600,00**	
	Summe Sonstige Steuern	3.161	**3.600,00**	**3.600,00**	**3.600,00**	**3.600,00**	**3.600,00**	
12.	**JAHRESÜBERSCHUSS**	475.022	**680.030,00**	**609.340,00**	**614.180,00**	**617.410,00**	**618.820,00**	**12**

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Erl.-Zif. **Erläuterungen zum Erfolgs- / Ergebnisplan 2012**

01 Einnahmen aus Pacht- bzw. Mietzahlungen für Bad, Sauna, Restaurant, Kiosk und Wohnung.

02 Die Erstattung von Betriebskosten für Restaurant und Kiosk erfolgt in monatlichen Abschlagszahlungen gem. Pachtvertrag. In Einzelnen sind dies: Kosten für Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung. Die Abrechnung erfolgt zum Ende des Jahres. Die Kosten für Gas- und Wasserbezug wurden – unter Berücksichtigung von Kostensteigerungen – an den Vorjahresverbrauch angepasst.

03 Die in 2010 durchgeführten Maßnahmen zur energetischen Optimierung führten bislang noch nicht zu den erwarteten Energieeinsparungen. Seitens des Ingenieurbüros laufen weitere technische Überprüfungen. Für 2012 werden die Ansätze wieder angehoben. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die seinerzeit prognostizierten Einsparungen kurzfristig erreicht werden. Ab 2013 sind die Einsparungen in der berechneten Höhe berücksichtigt.
Darüber hinaus musste der mit der BEW abgeschlossenen Stromlieferungsvertrag angepasst werden; mit nicht unerheblichen Strompreiserhöhungen ist zu rechnen.

04 Gemäß § 4 des Nutzungsüberlassungsvertrages obliegt dem Betrieb Freizeitbad der Erhalt und die Erneuerung der betriebsnotwendigen technischen Anlagen sowie des Gebäudes einschließlich Becken, Verglasung und Bodenfliesen.

05 Personalkosten für die Tarifbeschäftigten, die der Bürgerbad gGmbH im Rahmen eines Personalgestellungsvertrages zur Verfügung gestellt werden
Die Planwerte für die Jahre 2012 bis 2015 wurden mit einer Steigerung von jeweils + rd. 1 % angepasst. Die bisher zusammen mit der Gesamt-Vergütung gebuchte Jahressonderzahlung wird künftig gesondert ausgewiesen.

06 Alle Bade- und Nebenanlagen sowie das vorhandene Inventar werden der gGmbH überlassen, verbleiben aber weiterhin im Eigentum des Betriebes, der die Abschreibung zu tragen hat .Neu-Investitionsmaßnahmen sind berücksichtigt.

Erl.-Zif. **Erläuterungen zum Erfolgs- / Ergebnisplan 2012**

07 Die auf den verbleibenden Betrieb FZB entfallenden Verwaltungsleistungen des städt. Personals (z.B. Betriebsleitung, Buchhaltung etc.) sind dem allgemeinen Haushalt zu erstatten.

08 Eingeplant werden neben den Kosten für die Jahresabschluss-Prüfungen auch Mittel für evtl. anfallende Planungs- und Beratungskosten.

09 Mehrkosten durch Anpassung der Gebäudeversicherung.

10 Im Hinblick auf die in 2011 erhaltenen geringeren Beteiligungserträge werden die Ansätze reduziert.

11 Zinserträge und –aufwendungen für Kassenkredite sind abhängig von der Liquidität des Betriebes. Eingeplant werden darüber hinaus die Zinsen für die laufenden Darlehen des Betriebes.

12 Unterjährig werden Unterstützungsleistungen zur Existenzsicherung an die Bürgerbad Hückeswagen gemeinnützige GmbH zu leisten sein, die das Jahresergebnis belasten. Die Zahlung erfolgt in der Regel in Teilbeträgen, für die jeweils ein separater Ratsbeschluss erforderlich ist. In den vergangen Jahren wurden Beträge zwischen 200 und 250 T€ pro Jahr gezahlt.
Aufgrund der noch nicht zum Tragen gekommenen Energieeinsparungen sowie durch die Verschiebung von Personalkosten auf die gGmbH ist davon auszugehen, dass sich der Liquiditätszuschuss - zumindest für 2012 - deutlich erhöht.

Die Verwendung des Jahresüberschusses unterliegt der Beschlussfassung durch den Rat der Stadt.

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Vermögensplan 2012

(gem. § 16 EigVO)

Auftrag / Konto	Bezeichnung	Ansatz 2011 EURO	Ansatz 2012 EURO	Erl. Nr.
	A k t i v a			
	I. Anlagevermögen			
4300.0000	Maßnahmen zur techn. Erneuerung und Verbesserung	100.000	**100.000**	01
4300.0001	Erwerb von beweglichem Vermögen	5.000	**5.000**	02
4300.0003	Erneuerung von Einrichtungsgegenständen Gastronomie	5.000	**5.000**	01
	II. Schuldendienst			
	Darlehenstilgung	65.200	**68.400**	03
	Tilgung für Umschuldungen	666.600	**0**	03
	Gesamtsumme Aktiva:	**841.800**	**178.400**	

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Vermögensplan 2012

(gem. § 16 EigVO)

Auftrag / Konto	Bezeichnung	Ansatz 2011 EURO	Ansatz 2012 EURO	Erl. Nr.
	P a s s i v a			
	I. Verbindlichkeiten			
	Kreditbedarf	43.700	**50.900**	04
	Kreditbedarf für Umschuldungen	666.600	**0**	03
	II. Finanzüberschuss			
	Abschreibung	131.500	**127.500**	04
	Gesamtsumme Passiva:	**841.800**	**178.400**	

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Investitionsprogramm 2011 - 2015

Auftrag / Konto	Bezeichnung	Ges.-kosten TEURO	Zweckgeb.Einnahm.TEURO Zuwei-sungen	Son-stige	Ausgaben in TEURO 2011	2012	2013	2014	2015	Erl. Nr.
4300.0000	Maßnahmen zur techn. Erneuerung und Verbesserung	275			100	**100**	25	25	25	01
4300.0001	Erwerb von beweglichem Vermögen	25			5	**5**	5	5	5	02
4300.0002	Erneuerung von Einrichtungsgegenständen Gastronomie	25			5	**5**	5	5	5	02
4300.0004	Maßnahmen zur energetischen Optimierung	300			0	**0**	0	0	0	
	Gesamt	**325**			**110**	**110**	**35**	**35**	**35**	

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Finanzplanung 2011 - 2015

(gem. § 18 EigVO)

Ausgaben	EURO					Erl.
	2011	2012	2013	2014	2015	Nr.
1. Baumaßnahmen gem. Investitionsprogramm	110	**110**	35	35	35	01-02
2. Darlehenstilgungen	65	**68**	72	75	79	03
3. Tilgung für Umschuldungen	667	**0**	243	0	0	03
4. Überschuss Vermögensplan	0	**0**	18	15	11	04
Summe Ausgaben	**842**	**178**	**368**	**125**	**125**	

Einnahmen	EURO					Erl.
	2011	2012	2013	2014	2015	Nr.
1. Kreditbedarf	43	**50**	0	0	0	04
2. Kreditbedarf für Umschuldungen	667	**0**	243	0	0	03
3. Abschreibungen	132	**128**	125	125	125	04
Summe Einnahmen	**842**	**178**	**368**	**125**	**125**	

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Erl.-Zif. **Erläuterungen zum Vermögensplan 2012, Investitionsprogramm und Finanzplanung 2011 – 2015**

01 Eingeplant werden Mittel für die Ertüchtigung der Blitzschutzanlage (geschätzt rd. 40 T€). Im Hinblick auf die überalterte Technik des Bades werden für evtl. notwendige sonstige technische Erneuerungen zusätzliche Mittel bereitgestellt, wobei darauf hinzuweisen ist, dass für jede Einzelmaßnahme eine gesonderte Mittelfreigabe erforderlich ist.

02 Nach § 4 des Nutzungsüberlassungsvertrages obliegt dem Betrieb der Erhalt und ggf. die Neubeschaffung dieser Anlagen.

03 Neben den jährlichen Tilgungsbeträgen wird aufgrund des Ablaufs der Zinsbindungsfrist für 2013 Tilgung für die Umschuldung eines Darlehens des Betriebes eingeplant.

04 Mit Ausnahme der Investitionsmaßnahmen in 2012 können die eingeplanten Maßnahmen aus dem Finanzüberschuss (Abschreibungen) finanziert werden. Für die Jahre 2013 – 2015 ergibt sich planerisch ein Überschuss im Vermögensplan.

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Stellenübersicht

(gem. § 17 EigVO)

	Zahl der Stellen 2012		Zahl der Stellen 2011		Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2011		Erläuterungen
Tariflich Beschäftigte	**Stellen**	**Entgeltgruppe**	**Stellen**	**Entgeltgruppe**	**Stellen**	**Entgeltgruppe**	
	1	8 TVöD	1	8 TVöD	0,7	8 TVöD	
	1	6 TVöD	1	6 TVöD	1	6 TVöD	
	1	4 TVöD	1	4 TVöD	1	4 TVöD	
Insgesamt	**3**		**3**		**2,7**		

Erläuterung zum Stellenplan für das Jahr 2012

Im Stellenplan werden die Stellen der 3 Tarifbeschäftigten ausgewiesen, die der Bürgerbad Hückeswagen gemeinnützige GmbH im Rahmen der Personalgestellung zur Verfügung gestellt werden.

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich I - Steuerungsunterstützung / Service
Sachbearbeiter/in: Christel Goeke

Vorlage

Datum: 18.01.2012
Vorlage FB I/1654/2012

TOP	**Betreff** **Investitionsprogramm 2011 - 2015 des Betriebes Freizeitbad**
Beschlussentwurf: Der Betriebsausschuss empfiehlt / Der Rat beschließt das Investitionsprogramm 2011 – 2015 des Betriebes Freizeitbad in der vorliegenden Fassung.	

Beratungsfolge	**Termin**	**Behandlung**
Betriebsausschuss "Freizeitbad"	06.02.2012	öffentlich
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

Auf das Investitionsprogramm 2011 – 2015 sowie die Erläuterungen wird verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Wie dargestellt

Beteiligte Fachbereiche:

FB	I	III/FZB	
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Christel Goeke

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich I - Steuerungsunterstützung / Service
Sachbearbeiter/in: Christian Potthoff

Vorlage

Datum: 23.01.2012
Vorlage FB I/1659/2012

TOP	Betreff **Gewinnabführung Betrieb Abwasserbeseitigung**

Beschlussentwurf:
Der Betriebsausschuss empfiehlt / Der Rat beschließt, den vorgetragenen Bilanzgewinn des Jahres 2010 in Höhe von 676.121,05 € an den städtischen Haushalt abzuführen.

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Betriebsausschuss "Abwasserbeseitigung" und Ausschuss für den Bauhof	09.02.2012	öffentlich
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 29.11.2011 fasste der Rat der Stadt den Beschluss, den Bilanzgewinn des Betriebes Abwasserbeseitigung in Höhe von 676.121,05 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Mit Verfügung vom 20.12.2011 stellt die Kommunalaufsicht hinsichtlich der in 2011 nicht an den städt. Haushalt abgeführten Gewinne 2010 der Eigenbetriebe fest, dass „die ordentlichen Erträge aus den Gewinnbeteiligungen an den Sondervermögen Abwasser und Freizeitbad in 2011 zu realisieren sind“.

Aus diesem Grund schlägt die Betriebsleitung vor, den vorgetragenen Bilanzgewinn des Jahres 2010 an den städtischen Haushalt abzuführen. Die Gewinnabführung erfolgt für den Betrieb zu Lasten des Geschäftsjahres 2012.

Finanzielle Auswirkungen:

Wie dargestellt

Beteiligte Fachbereiche:

FB	I	III	
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Christian Potthoff

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich I - Steuerungsunterstützung / Service
Sachbearbeiter/in: Christian Potthoff

Vorlage

Datum: 18.01.2012
Vorlage FB I/1655/2012

TOP	Betreff **Wirtschaftsplan 2012 des Betriebes Abwasserbeseitigung**
Beschlussentwurf: Der Betriebsausschuss empfiehlt / Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan 2012, der aus dem Erfolgs-/Ergebnisplan und dem Vermögens- bzw. Finanzplan besteht, in der vorliegenden Fassung und den dargestellten Veränderungen.	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Betriebsausschuss "Abwasserbeseitigung" und Ausschuss für den Bauhof	09.02.2012	öffentlich
Rat		öffentlich

Sachverhalt:

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2012 des Betriebes Abwasserbeseitigung ist dem Haushaltsplanentwurf 2012 beigefügt. Dieser liegt seit dem 12.01.2012 im Rathaus zur Abholung bereit und steht darüber hinaus auch in digitaler Form zur Verfügung. Die Haushaltssatzung wurde in der Ratssitzung am 16.12.2011 eingebracht.

In der 5. KW hat sich noch eine Änderung im Vermögens- und Finanzplan ergeben, die vor der Sitzung übersendet wird.

Im Gewerbegebiet West 2 soll ein großes Industriegrundstück zur Nutzung durch einen zweiten Industriebetrieb geteilt werden. Die Entwässerung dieser neuen Fläche wird über das private Grundstück des jetzigen Eigentümers erfolgen, der beim Bau seines ersten Baukörpers die abwassertechnische Erschließung des Gesamtgrundstücks errichtet hat.

Um das neue Grundstück an die öffentliche Entwässerung anschließen zu können, sollen zu gegebener Zeit die Hauptsammler (ein Schmutz- und ein Regenwasserkanal) des bestehenden Industriebetriebes übernommen werden, so dass die neue Fläche über einen öffentlichen Kanal erschlossen wird. Vor der rechtlichen Übernahme erfolgt eine technische Kontrolle der Sammler.

Die hieraus entstehenden Investitionen für den Abwasserbetrieb resultieren aus dem Restbuchwert und den entstehenden Nebenkosten und belaufen sich auf ca. 165.000 €.

Die Aufnahme der Mittel führt im Vermögens- und Finanzplan 2012 des Abwasserbetriebes zu nachfolgenden Veränderungen:

Vermögensplan

Konto / Auftrag	***Bezeichnung***		***Ansatz 2012 / EUR***
	A K T I V A		
	<u>Anlagevermögen</u>		
2300.0028	**Erwerb MW-Kanal Gewerbegebiet Winterhagen/ Scheideweg (West2)**	**neu**	**165.000**
	Gesamt Aktiva:	alt	1.649.000
		neu	**1.814.000**
	P A S S I V A		
	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	Kreditbedarf	alt	981.800
		neu	**1.146.800**
	Gesamt Passiva:	alt	1.649.000
		neu	**1.814.000**

Finanzplan

Nummer	*Bezeichnung*		*Ansatz 2012/ EUR*	*Plan 2013 / EUR*	*Plan 2014/EUR*	*Plan 2015 / EUR*
1.	Ausgaben **Baumaßnahmen gem. Investitionsprogramm**	alt **neu**	708.000 **873.000**	278.000 **278.000**	278.000 **278.000**	278.000 **278.000**
2.	Einnahmen **Kreditbedarf**	alt **neu**	982.000 **1.147.000**	695.000 **695.000**	0 **0**	1.872.000 **1.872.000**

Finanzielle Auswirkungen:

Wie dargestellt

Beteiligte Fachbereiche:

FB	I	III	
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Christian Potthoff

Anlagen:
Wirtschaftsplan 2012
2. Fassung Deckblatt des Wirtschaftsplanes 2012

Betrieb

Abwasserbeseitigung

Hückeswagen

W i r t s c h a f t s p l a n

2 0 1 2

-2. E n t w u r f-

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Wirtschaftsplan

für das
Wirtschaftsjahr 2012

I. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2012 wird

im Erfolgs-/Ergebnisplan	in den Erträgen auf	4.108.190,00 €
	in den Aufwendungen	3.406.750,00 €
	Jahresüberschuss	701.440,00 €
im Vermögensplan	in Aktiva	1.814.000,00 €
	in Passiva	1.814.000,00 €

festgesetzt.

II. Kredite

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2012 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf 1.146.800 € festgesetzt.

III. Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

IV. Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.000.000 € festgesetzt.

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erfolgs-/Ergebnisplan 2012 (nach den Vorschriften des HGB)

Nr.	Konto SAP	Bezeichnung	Ist 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Ansatz 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Plan 2015 / EURO	Erl. Nr.
1.		**Umsatzerlöse**							
	432100	**Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte**	*3.728.347,56*	**3.696.100,00**	**3.514.500,00**	**3.616.400,00**	**3.800.200,00**	**3.820.300,00**	01
	438100	**Erträge aus der Auflösung von Sonderposten f. Gebührenausgleich**	83.267,60	**185.500,00**	**284.400,00**	**228.200,00**	**0,00**	**0,00**	01
	544600	**Einstellungen / Zuschreibungen in Sonderposten f. Gebührenausgleich**	-408.409,58	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	
	437300	**Erträge aus der Auflösung passivierter Sonderposten**	255.258,49	**225.200,00**	**217.700,00**	**213.400,00**	**201.700,00**	**195.300,00**	02
		Zwischensumme	***3.658.464,07***	**4.106.800,00**	**4.016.600,00**	**4.058.000,00**	**4.001.900,00**	**4.015.600,00**	
		Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen							
	471200	**Aktivierte Eigenleistungen Personal**	0,00	**14.440,00**	**14.630,00**	**14.880,00**	**14.970,00**	**15.110,00**	03
		Zwischensumme	***0,00***	**14.440,00**	**14.630,00**	**14.880,00**	**14.970,00**	**15.110,00**	
2.		**Sonstige betriebliche Erträge**							
	441200	**Mieten und Pachten**	1.054,19	**1.100,00**	**1.100,00**	**1.100,00**	**1.100,00**	**1.200,00**	
	441900	**Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte (Erst. Hausanschlusskosten)**	2.304,60	**20.000,00**	**20.000,00**	**20.000,00**	**20.000,00**	**20.000,00**	04
	442300	**Erstattungen von Kommunen (Personalkosten)**	13.649,10	**13.790,00**	**10.460,00**	**10.540,00**	**10.690,00**	**10.810,00**	05
	442400	**Erstattungen von Zweckverbänden**	179.368,14	**25.440,00**	**23.400,00**	**23.130,00**	**23.660,00**	**23.660,00**	06
	431100	**Verwaltungsgebühren (Kanalanschlussgenehmigung)**	1.122,00	**1.000,00**	**1.000,00**	**1.000,00**	**1.000,00**	**1.000,00**	
	452200	**Vollstreckungsgebühren**	45,00	**100,00**	**100,00**	**100,00**	**100,00**	**100,00**	
	452210	**Säumniszuschläge**	4,00	**100,00**	**100,00**	**100,00**	**100,00**	**100,00**	
	452220	**Mahngebühren**	23,00	**300,00**	**300,00**	**300,00**	**300,00**	**300,00**	
	452230	**Stundungszinsen**	0,00	**1.000,00**	**500,00**	**500,00**	**500,00**	**500,00**	
	452700	**Schadenersatz**	0,00	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	
	458100	**Erträge aus Zuschreibung (Anlagevermögen)**	0,00	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	
	458300	**Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen**	166.735,86	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	07
	459100	**Andere sonstige ordentliche Erträge**	201,11	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	
		Zwischensumme	***364.507,00***	**67.830,00**	**61.960,00**	**61.770,00**	**62.450,00**	**62.670,00**	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Nr.	Konto SAP	Bezeichnung	Ist 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Ansatz 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Plan 2015 / EURO	Erl. Nr.
3.		**Materialaufwand**							
		a) für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe							
	522100	**Aufwendungen für Strom**	35.391,28	**36.300,00**	**40.600,00**	**42.700,00**	**44.900,00**	**47.200,00**	08
	522770	**Aufwendungen für Wasser**	1.960,88	**2.900,00**	**3.000,00**	**3.000,00**	**3.000,00**	**3.000,00**	
		b) für bezogene Leistungen							
	523100	**Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke, Gebäude usw.**	167.263,91	**180.000,00**	**150.000,00**	**150.000,00**	**150.000,00**	**150.000,00**	09
	523120	**Aufwendungen für Pflege Außenanlagen**	0,00	**500,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	
	523130	**Aufwendungen für Reinigung und Winterdienst für Grundstücke**	0,00	**500,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	
	523300	**Aufwendungen für Unterhaltung der Maschinen und techn. Anlagen**	20.475,25	**35.000,00**	**27.500,00**	**27.500,00**	**27.500,00**	**27.500,00**	09
	524900	**Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen (Hausanschlusskosten)**	0,00	**20.000,00**	**20.000,00**	**20.000,00**	**20.000,00**	**20.000,00**	04
	525400	**Erstattungen an Zweckverbände (Unterh. RÜR/RRB Wupperverband)**	277.739,68	**236.000,00**	**240.000,00**	**240.000,00**	**240.000,00**	**240.000,00**	10
	525700	**Erstattung an sonst. öffentl. Sonderrechnungen (Leist. Städt. Betriebe)**	78.554,45	**110.000,00**	**90.000,00**	**90.000,00**	**90.000,00**	**90.000,00**	09
	529920	**Kosten für Gutachten, Untersuchungen etc.**	24.979,41	**30.000,00**	**50.000,00**	**50.000,00**	**30.000,00**	**30.000,00**	11
	529923	**Reinigung Entwässerungsanlagen (Pumpstat.)**	5.607,51	**6.000,00**	**8.500,00**	**8.500,00**	**8.500,00**	**8.500,00**	12
	529924	**Reinigung Kanalnetz (Kanalleitungen)**	23.301,49	**30.000,00**	**25.000,00**	**25.000,00**	**25.000,00**	**25.000,00**	09
	529929	**Fernaugeuntersuchungen**	19.019,69	**30.000,00**	**25.000,00**	**25.000,00**	**25.000,00**	**25.000,00**	09
	529921	**Kosten der Grubenüberwachung**	1.814,75	**2.500,00**	**2.500,00**	**2.500,00**	**2.500,00**	**2.500,00**	
	529922	**Kosten der Grubenausfuhr**	32.072,18	**42.000,00**	**42.000,00**	**42.000,00**	**42.000,00**	**42.000,00**	
	529200	**Verbandsumlagen für Dienstleistungen**	1.139.618,00	**1.144.000,00**	**1.097.000,00**	**1.119.000,00**	**1.143.000,00**	**1.168.000,00**	13
		Zwischensumme	***1.827.798,48***	**1.905.700,00**	**1.821.100,00**	**1.845.200,00**	**1.851.400,00**	**1.878.700,00**	
4.		**Personalaufwendungen**							
	501200	**Vergütungen Tarifbeschäftigte**	97.590,92	**106.900,00**	**101.270,00**	**102.250,00**	**103.240,00**	**104.270,00**	
	501210	**Leistungszulagen**	595,88	**1.600,00**	**1.890,00**	**2.180,00**	**2.200,00**	**2.220,00**	
	501240	**Jahressonderzahlung**	6.519,70	**0,00**	**6.700,00**	**6.800,00**	**6.900,00**	**7.000,00**	
	502200	**Beiträge Versorgungskassen Tarifbeschäftigte**	8.114,77	**8.410,00**	**8.510,00**	**8.620,00**	**8.710,00**	**8.800,00**	
	503200	**Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung Tarifbeschäftigte**	19.666,23	**23.340,00**	**23.620,00**	**23.910,00**	**24.150,00**	**24.400,00**	
	504200	**Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Tarifbeschäftigte**	0,00	**400,00**	**400,00**	**400,00**	**400,00**	**400,00**	
	507100	**Aufwendungen für Rückstellung für nicht genommenen Urlaub**	-250,00	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Nr.	Konto SAP	Bezeichnung	Ist 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Ansatz 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Plan 2015 / EURO	Erl. Nr.
	507200	**Aufwendungen für Rückstellung für Überstunden**	95,00	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	
	509100	**Pauschalierte Lohnsteuer**	483,12	**500,00**	**500,00**	**500,00**	**500,00**	**500,00**	
		Zwischensumme	***132.815,62***	**141.150,00**	**142.890,00**	**144.660,00**	**146.100,00**	**147.590,00**	14
5.		**Bilanzielle Abschreibung**							
	572100	**Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände**							
		des Anlagevermögens	2.467,00	**2.500,00**	**2.500,00**	**2.500,00**	**2.500,00**	**600,00**	
	573200	**Abschreibungen auf Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen**							
		bebauter Grundstücke	49.070,00	**52.000,00**	**49.100,00**	**49.100,00**	**49.100,00**	**49.100,00**	
	574300	**Abschreibungen auf Entwässerungs- / Abwasserbeseitigungsanlagen**	684.106,92	**697.400,00**	**750.000,00**	**755.400,00**	**761.200,00**	**765.800,00**	
	575200	**Abschreibungen auf technische Anlagen**	82.007,82	**98.000,00**	**82.000,00**	**82.100,00**	**55.100,00**	**44.300,00**	
	576100	**Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung**	270,00	**300,00**	**300,00**	**300,00**	**100,00**	**100,00**	
		Zwischensumme	***817.921,74***	**850.200,00**	**883.900,00**	**889.400,00**	**868.000,00**	**859.900,00**	15
6.		**Sonstige betriebliche Aufwendungen**							
	529925	**Indirekteinleiter**	476,00	**5.000,00**	**1.500,00**	**1.500,00**	**1.500,00**	**1.500,00**	
	529926	**Dichtigkeitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen**	2.568,00	**10.000,00**	**10.000,00**	**10.000,00**	**10.000,00**	**10.000,00**	16
	529927	**Aufwendungen Kanaldatenbank**	1.139,08	**2.500,00**	**2.500,00**	**2.500,00**	**2.500,00**	**2.500,00**	
	529928	**Abwasseruntersuchungen**	278,35	**5.000,00**	**1.500,00**	**1.500,00**	**1.500,00**	**1.500,00**	
	529930	**Kosten Veranlagungsverfahren BEW**	49.863,48	**51.500,00**	**52.700,00**	**54.300,00**	**56.000,00**	**57.700,00**	17
	529931	**Fortschreibung Abwasserbeseitigungskonzept**		**10.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	18
	525300	**Erstattungen an Kommunen**	155.481,00	**162.560,00**	**158.500,00**	**160.000,00**	**161.000,00**	**164.000,00**	19
	525400	**Erstattung an Zweckverbände**	31.450,93	**30.800,00**	**30.800,00**	**30.800,00**	**30.800,00**	**30.800,00**	20
	522800	**Aufwendungen für Abwasser**	102,20	**600,00**	**600,00**	**600,00**	**600,00**	**600,00**	
	525200	**Erstattungen an Land (Abwasserabgaben)**	57.000,00	**57.000,00**	**30.000,00**	**30.000,00**	**30.000,00**	**30.000,00**	21
	541200	**Aufwendungen für Aus- und Fortbildung**	2.480,68	**2.600,00**	**2.600,00**	**2.600,00**	**2.600,00**	**2.600,00**	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Nr.	Konto SAP	Bezeichnung	Ist 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Ansatz 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Plan 2015 / EURO	Erl. Nr.
	541300	**Aufwendungen für übernommene Reisekosten**	0,00	**200,00**	**200,00**	**200,00**	**200,00**	**200,00**	
	541700	**Personalnebenaufwendungen**	0,00	**100,00**	**100,00**	**100,00**	**100,00**	**100,00**	
	542100	**Mieten, Pachten, Erbbauzins**	2.730,90	**3.000,00**	**3.000,00**	**3.000,00**	**3.000,00**	**3.000,00**	
	542200	**Leasing**	879,80	**1.500,00**	**1.100,00**	**1.100,00**	**1.100,00**	**1.100,00**	
	542310	**Bankgebühren**	115,12	**300,00**	**300,00**	**300,00**	**300,00**	**300,00**	
	542700	**Prüfung, Beratung, Rechtsschutz**	18.294,03	**14.500,00**	**15.500,00**	**16.000,00**	**16.500,00**	**17.000,00**	22
	543100	**Büromaterial**	0,00	**200,00**	**200,00**	**200,00**	**200,00**	**200,00**	
	543300	**Zeitungen und Fachliteratur**	792,99	**1.000,00**	**1.000,00**	**1.000,00**	**1.000,00**	**1.000,00**	
	543500	**Telefon**	3.986,64	**4.250,00**	**4.250,00**	**4.250,00**	**4.250,00**	**4.250,00**	
	543900	**Sonstige Geschäftsaufwendungen**	355,00	**500,00**	**500,00**	**500,00**	**500,00**	**500,00**	
	544100	**Versicherungsbeiträge**	1.217,00	**1.500,00**	**300,00**	**300,00**	**300,00**	**300,00**	23
	544120	**Unfallversicherung**	299,87	**400,00**	**400,00**	**400,00**	**400,00**	**400,00**	
	544300	**Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen**	2.308,18	**2.310,00**	**2.310,00**	**2.310,00**	**2.310,00**	**2.310,00**	
	549200	**Aufwendungen für Schadensfälle**	0,00	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	
		Zwischensumme	***331.819,25***	**372.320,00**	**324.860,00**	**328.460,00**	**331.660,00**	**336.860,00**	
7.		**Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge**							
	461300	**Zinserträge von Kommunen**	6.361,09	**10.000,00**	**10.000,00**	**10.000,00**	**10.000,00**	**10.000,00**	
	461700	**Zinseerträge von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen**	1.726,43	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	**5.000,00**	
		Zwischensumme	***8.087,52***	**15.000,00**	**15.000,00**	**15.000,00**	**15.000,00**	**15.000,00**	24
8.		**Zinsen und ähnliche Aufwendungen**							
	551300	**Zinsaufwendungen an Kommunen**	0,00	**1.000,00**	**1.000,00**	**1.000,00**	**1.000,00**	**1.000,00**	24
	551700	**Zinsaufwendungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen**	33.031,42	**32.500,00**	**39.500,00**	**57.500,00**	**63.000,00**	**79.000,00**	25
	551800	**Zinsaufwendungen an Kreditinstitute**	161.764,48	**157.400,00**	**153.000,00**	**148.000,00**	**143.000,00**	**137.500,00**	
	551900	**Zinsaufwendungen an sonstigen inl. Bereich**	49.786,55	**45.300,00**	**40.500,00**	**35.000,00**	**29.500,00**	**23.500,00**	
		Zwischensumme	***244.582,45***	**236.200,00**	**234.000,00**	**241.500,00**	**236.500,00**	**241.000,00**	
9.		**JAHRESÜBERSCHUSS**	***676.121,05***	**698.500,00**	**701.440,00**	**700.430,00**	**660.660,00**	**644.330,00**	26

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erläuterungen zum Erfolgs-/Ergebnisplan 2012:

Mit der Änderung der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) ist gemäß § 18 in den Wirtschaftsplan auch eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung einzubeziehen. Neben den Vorjahresansätzen und den Ergebnissen des Vorvorjahres werden demzufolge die Planzahlen für drei Folgejahre angegeben.
Näher erläutert werden im Wesentlichen nur die Ansätze für 2012. Insbesondere ist hier zu nennen, dass auf den einzelnen Sachkonten des Wirtschaftsplanes die Entwicklungen herausgearbeitet und bedarfsgerechte Ansätze für die Folgejahre gebildet worden sind. Die Aufwendungen auf den Sachkonten, die auch in die Gebührenkalkulation einfließen, konnten insgesamt um ca. 100.000 € gesenkt werden.

Erl.Nr.		EURO
01	Kalkulierte Gebühren nach der zum 01.01.2007 eingeführten getrennten Abwassergebühr. Berechnungsgrundlage für die Gebühren Schmutzwasser ist der Frischwasserverbrauch. Maßstab für die Niederschlagswassergebühr sind die abflusswirksamen privaten bzw. öffentlichen Flächen nach Quadratmetern.	
	Die nach KAG durchgeführte Gebührenkalkulation für 2012 ergab folgende Beträge:	
	Gebühren Schmutzwasser Kanalbenutzer	2.275.600
	Niederschlagswassergebühr	1.099.600
	Kleineinleiterabgabe	2.100
	Abwassergebühren geschlossene Grube	7.800
	Ausfuhrgebühren geschlossene Grube	23.400
	Abwassergebühren Kleinkläranlagen	30.800
	Ausfuhrgebühren Kleinkläranlagen	12.500
	Abwassergebühren vollbiologische Anlagen	57.900
	Ausfuhrgebühren vollbiologische Anlagen	4.800
	Als Subventionierung der Gebühren 2012 ist eine Entnahme aus der Rückstellung für „Rückzahlungsverpflichtungen aus Kostenüberdeckungen nach dem KAG" vorgesehen.	284.400
02	Mit der Änderung der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) in 2004 ist eine **Auflösung der Baukostenzuschüsse** in Höhe von 5 % nicht mehr zulässig. Vielmehr soll die Auflösung entsprechend der jährlichen Abschreibung vorgenommen werden. In Abstimmung mit dem Wirtschaftsprüfer werden die bis 2005 eingenommenen Beträge wie bisher mit 5 %; danach in Anlehnung an den durchschnittlichen Abschreibungssatz mit 2 % aufgelöst.	
03	Ingenieurleistungen des betriebseigenen Personals zu Lasten des Vermögensplanes.	
04	Positionen für die Abwicklung von Kosten bzw. Erstattungen für die Erstellung von **Hausanschlüssen.**	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erläuterungen zum Erfolgs-/Ergebnisplan 2012:

Erl.Nr.		EURO
05	Die Leistungen des betriebseigenen Personals für den Haushalt der Stadt sind dem Betrieb zu erstatten.	
06	Erstattungen des Wupperverbandes gemäß vertraglicher Vereinbarungen für:	
	Reinigung von Bachverrohrungen	1.500
	Betriebskosten westliches Gemeindegebiet	21.900
07	Die **Auflösung bzw. Zuführung in Rückstellungen** ergeben sich im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten.	
08	Der Ansatz wird entsprechend den höheren Verbrauchsmengen angepasst. In Folgejahren werden Preissteigerungen erwartet.	
09	Senkung des Ansatzes entsprechend der Kostenentwicklung der vergangenen Jahre.	
10	Erstattung **Betriebskosten der Regenrückhalte- bzw. Regenüberlaufbecken** nach den Angaben des Wupperverbandes.	
11	Durch das Abwasserbeseitigungskonzept werden in 2012 Mehraufwendungen i.H.v. 20.000 € für Genehmigungen und Untersuchungen erforderlich.	
12	Nach Vorgabe der unteren Wasserbehörde müssen zusätzliche Straßeneinläufe, die in Gewässer münden, gereinigt werden. Dieses führt zu erhöhtem Aufwand.	
13	Berechnung der Umlagen auf der Basis der Wertzahlen für das Jahr 2012 und der festgelegten Ziele des Wupperverbandes zur Umlagenentwicklung	
14	Die Planwerte bei den **Personalaufwendungen** wurden auf der Grundlage der neuen Orientierungsdaten des Landes NRW mit einer Steigerung von jeweils + 1% angepasst. Darüber hinaus erhöht sich bis zum Jahr 2013 die tarifliche Leistungszulage auf 2%.	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erläuterungen zum Erfolgs-/Ergebnisplan 2012:

Erl.Nr.		EURO
15	**Abschreibung** für die Anlagegüter des Betriebes unter Berücksichtigung von künftigen Investitionen sowie Ablauf der Nutzungsdauer. Die Erhöhung ergibt sich im Wesentlichen aufgrund der bereits abgeschlossenen bzw. in Folgejahren geplanten technischen Erneuerungen an Regenbauwerken bzw. Pumpstationen.	
16	Mit der Novellierung des Landeswassergesetzes (LWG) wurde die **Dichtigkeitsprüfung** auf die Gemeinden übertragen. Die eingeplanten Mittel dienen zur Beratung und Information der Bürger.	
17	Der Vertrag mit der **BEW** *über die Veranlagung und Einziehung der Entwässerungsgebühren* umfasst neben dem **Veranlagungsverfahren** auch die Leistung der **Zählerablesung**. Die Entwicklung der Vergütung richtet sich nach Maßgabe einer Preisanpassungsklausel.	
18	Das Abwasserbeseitigungskonzept wurde fertig gestellt. Für die Fortschreibung entstehen keine weiteren Aufwendungen	
19	**Erstattung von Verwaltungskosten** für Verwaltungsleistungen des allg. Haushaltes, welche im Wege der Leistungsverrechnung abgegolten werden. Hier wurden Zeitanteile überprüft was zu einer veränderten Kostenverteilung führte, so dass die Ansätze geringfügig gesenkt werden können.	
20	Enthalten sind**:** **Kooperation Wupperverband:** a) Gem. vertraglicher Vereinbarung im Bereich der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft	23.500
	b) Für den Betrieb und die Pflege des Geoportal „Kanalinformation Stadt Hückeswagen" werden Kosten in Höhe von 4.000 € eingeplant	4.000
	Einplanung von jährlichen **Pflege- und Nutzungskosten für SAP und LOGA**	3.300
21	Die Festsetzungen der Niederschlagswasser- und Kleineinleiterabgabe fallen in den letzten Jahren deutlich niedriger aus. Deshalb kann der Ansatz gesenkt werden.	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erläuterungen zum Erfolgs-/Ergebnisplan 2012:

Erl.Nr.		**EURO**
22	Einplanung der jährlichen Kosten für die **Jahresabschlussprüfung** unter Berücksichtigung von Preissteigerungen.	
23	Durch einen neuen Rahmenvertrag kann der Ansatz gesenkt werden.	
24	Guthabenzinsen bzw. **Zinsaufwendungen** für das Girokonto des Betriebes sowie **Zinserträge** für gewährte Kassenkredite an den Haushalt der Stadt in Abhängigkeit der Liquidität des Betriebes.	
25	Die **Zinsaufwendungen** für die **Darlehen** des Betriebes steigen im Vergleich zum Vorjahr, da die Zinsaufwendungen für die Aufnahme eines langfristigen Kredites zur Finanzierung der Kapitalrückführung an den städtischen Haushalt eingeplant wurden.	
26	Im Vergleich zur **Gebührenkalkulation** weist der **Erfolgs-/Ergebnisplan** für das Wirtschaftsjahr 2012 einen Gewinn in Höhe von 701.440 € aus. Maßgeblich hierfür sind im Wesentlichen folgende Positionen:	
	Verbesserung aus dem Finanzergebnis	= - 219.000
	zur kalk.Verzinsung in der Gebührenkalkulation rd.	= +691.940
		= +472.940
	Verbesserung aus der Auflösung der Baukostenzuschüsse (Konto 437300)	= +217.700
	ergibt einen betrieblichen Gewinn in Höhe von rd.	= +690.640

Mit Hinweis auf den Grundsatzbeschluss des Rates im Rahmen der Beratungen zur Haushaltssatzung ist es voraussichtlich erforderlich, die **Jahresüberschüsse** der kommenden Jahre in voller Höhe an den städt. Haushalt abzuführen, um die Genehmigungsfähigkeit der kommenden Haushaltsjahre zu ermöglichen.
Über die Verwendung des Jahresüberschusses hat – nach Vorberatung im Betriebsausschuss – der Rat der Stadt zu entscheiden.

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Vermögensplan 2012

(gem. § 16 EigVO)

Konto / Auftrag	Bezeichnung	Ansatz 2011 EURO	Ansatz 2012 EURO	Erl. Nr.
	A k t i v a			
	I. Anlagevermögen			
	Sachanlagen			
2300.0006	**Mitverlegung von Druckleitungen**	5.000	**5.000**	
2300.0007	**Anschaffung von Geräten**	3.000	**3.000**	
2300.0008	**Technische Erneuerung von Regenüberlauf/-Regenrückhaltebecken und Pumpwerken**	390.000	**450.000**	01
2300.0010	**Sanierung des Kanalnetzes**	250.000	**250.000**	02
2300.0011	**Entwässerung Gewerbegebiet Winterhagen/Scheideweg (West 2)**	80.000	**0**	
2300.0027	**RW Kanal Stichweg Rader Str.**	20.000	**0**	
2300.0028	**Erwerb MW-Kanal Gewerbegebiet Winterhagen/Scheideweg (West 2)**	0	**165.000**	08
	II. Schuldendienst			
	Darlehenstilgung	177.000	**191.000**	03
	Tilgung für Umschuldungen	0	**0**	
	III. Eigenkapital			
	Rückführung von Eigenkapital	0	**750.000**	04
	Gesamtsumme Aktiva:	**925.000**	**1.814.000**	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Vermögensplan 2012

(gem. § 16 EigVO)

Konto / Auftrag	Bezeichnung	Ansatz 2011 EURO	Ansatz 2012 EURO	Erl. Nr.
	P A S S I V A			
	II. Rücklagen			
	Rücklagen	0	**0**	
2310.1000	**Kanalanschlussbeiträge**	1.000	**1.000**	05
	III. Verbindlichkeiten			
	Kreditbedarf	299.000	**1.146.800**	06
	Kreditbedarf für Umschuldungen	0	**0**	
	IV. Finanzüberschuss			
	= Abschreibung € 883.900,00			
	. / . = Aufl. Baukostenzuschüsse € 217.700,00	625.000	**666.200**	07
	Gesamtsumme Passiva:	**925.000**	**1.814.000**	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Investitionsprogramm 2011 - 2015

Konto/Auftragsnr.	Bezeichnung	Ges.-kosten TEUR	Zweckgeb. Einnnahmen TEUR		Ausgaben in TEUR					Erl. Nr.
			Zuwei-sung.	Son-stige	2011	2012	2013	2014	2015	
2300.0006	Mitverlegung von Druckleitungen	25			5	**5**	5	5	5	
2300.0007	Anschaffung von Geräten	15			3	**3**	3	3	3	
2300.0008	Technische Erneuerung von Regenüberlauf/-Regenrückhaltebecken und Pumpwerken	900			390	**450**	20	20	20	01
2300.0010	Sanierung im Kanalnetz	1.250			250	**250**	250	250	250	02
2300.0011	Entwässerung Winterhagen/Scheideweg (West 2)	80			80	**0**	0	0	0	
2300.0027	Regenwasserkanal Stichweg Rader Straße	20			20	**0**	0	0	0	
2300.0028	Erwerb MW-Kanal Gewerbegebiet Winterhagen/Scheideweg (West 2)	165			0	**165**	0	0	0	08
	Gesamt:	**2.455**			**748**	**873**	**278**	**278**	**278**	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Finanzplanung 2011 - 2015

(gem. § 18 EigVO)

Ausgaben	T EURO					Erl.
	2011	2012	2013	2014	2015	Nr.
1. Baumaßnahmen gem. Investitionsprogramm	748	**873**	278	278	278	01-02, 08
2. Darlehenstilgungen	177	**191**	193	192	209	03
3. Tilgung für Umschuldungen	0	**0**	540	0	0	06
4. Auflösung von Beiträgen	225	**218**	214	202	196	07
5. Abführung von Rücklagekapital an die Stadt	0	**750**	900	0	2.050	04
6. Überschuss Vermögensplan	0	**0**	0	197	0	
Summe Ausgaben	**1.150**	**2.032**	**2.125**	**869**	**2.733**	

Einnahmen	T EURO					Erl.
	2011	2012	2013	2014	2015	Nr.
1. Zuschüsse / Beiträge	1	**1**	1	1	1	05
2. Kreditbedarf	299	**1.147**	695	0	1.872	06
3. Kreditbedarf für Umschuldungen	0	**0**	540	0	0	06
4. Abschreibungen	850	**884**	889	868	860	07
5. Rücklagen	0	**0**	0	0	0	
Summe Einnahmen	**1.150**	**2.032**	**2.125**	**869**	**2.733**	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erläuterungen zum Vermögensplan 2012, Investitionsprogramm und Finanzplanung 2011 – 2015

Erl.Nr.

01 In 2012 soll der zweite Teil der Druckleitungen (ca. 350 m) von dem Pumpwerk Industriestraße bis zur Ecke Busenbacher Weg erneuert werden. Die Leitungen sind ca. 30 Jahre alt. Für die Maßnahme werden 450.000 € gemäß überschlägiger Kostenschätzung eingeplant. Die Maßnahme wurde bereits in 2011 angekündigt und ist mit ins aktuelle ABK aufgenommen worden.

02 Die Linersanierung gemäß ABK und den gesetzlichen Anforderungen wird mit 250.000 € berücksichtigt. Hier wurde der Ansatz wie in 2011 gebildet. Die Aufwendungen können nach der Sanierungsplanung und dem nachfolgenden Ausschreibungsergebnis genau beziffert werden. Die partielle Sanierung wird über den Erfolgs-/ Ergebnisplan abgewickelt.

03 Planmäßige Tilgung für die laufenden Darlehen des Betriebes. Zusätzlich eingeplant werden die Aufnahmen von langfristigen Krediten zur Finanzierung der Kapitalrückführung an den städtischen Haushalt.

04 Nach dem Erlass des Innenministeriums vom 26.10.09 sollen sich die kommunalen Beteiligungen in den Konsolidierungsprozess einbringen. Der Abwasserbetrieb soll mit einer gezielten Kapitalrückführung von 750.000 € zur Genehmigungsfähigkeit des städtischen Haushaltes beitragen. Diese Verfahrensweise stellt für den Betrieb kein wirtschaftliches Problem dar, da in den vergangenen Jahren erhebliche Überschüsse entstanden sind, die nicht in den städt. Haushalt abgeführt, sondern in Rücklagen eingestellt wurden. Durch die damit verbundene hohe Eigenkapitalquote des Betriebes ist es auch nach Absprache mit dem Wirtschaftsprüfer unbedenklich, entsprechende Rücklagemittel aufzulösen und somit zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes beizutragen. Auswirkungen auf die Abwassergebühren ergeben sich nicht.

05 Wesentliche Einnahmen aus Kanalanschlussbeiträgen werden nicht erwartet.

06 Der Vermögensplan 2012 weist rechnerisch einen Finanzierungsbedarf aus. In Abhängigkeit von der Liquidität des Betriebes ist zu prüfen, in welcher Höhe Darlehen benötigt werden. In 2013 läuft für ein Darlehen des Betriebes die Zinsbindung aus.

07 Die jährliche Abschreibung abzüglich der Auflösung der Baukostenzuschüsse (Kanalanschlussbeiträge) bilden den Finanzüberschuss und dienen als Finanzierungsmittel im Vermögensplan.

08 Durch die Teilung eines Industriegrundstückes soll die Nutzung durch einen zweiten Betrieb ermöglicht werden. Auf dem Gelände hat der Eigentümer die abwassertechnische Erschließung errichtet. Damit das neue Grundstück an die öffentliche Entwässerung angeschlossen werden kann, soll zu gegebener Zeit der Schmutz- und Regenwasserkanal vom bestehenden Betrieb erworben werden. Die Investitionskosten, die sich aus dem Restbuchwert und den Nebenkosten zusammen setzen, belaufen sich auf ca. 165.000 €.

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Stellenübersicht

(gemäß § 17 EigVO)

	Zahl der Stellen 2012		Zahl der Stellen 2011		Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2011		Erläuterungen
Tariflich Beschäftigte	Stellen	Entgeltgruppe	Stellen	Entgeltgruppe	Stellen	Entgeltgruppe	
	2	11 TVöD	2	11 TVöD	2	11 TVöD	
Insgesamt	2		2		2		

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich I - Steuerungsunterstützung / Service
Sachbearbeiter/in: Christian Potthoff

Vorlage

Datum: 23.01.2012
Vorlage FB I/1660/2012

TOP	Betreff
	Investitionsprogramm 2011 - 2015 des Betriebes Abwasserbeseitigung

Beschlussentwurf:
Der Betriebsausschuss empfiehlt / Der Rat beschließt das Investitionsprogramm 2011 – 2015 des Betriebes Abwasserbeseitigung in der vorliegenden Fassung und den dargestellten Veränderungen.

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Betriebsausschuss "Abwasserbeseitigung" und Ausschuss für den Bauhof	09.02.2012	öffentlich
Rat		öffentlich

Sachverhalt:

Das Investitionsprogramm 2011 - 2015 ist bereits übersendet worden. Der Erwerb des Mischwasserkanals Gewerbegebiet Winterhagen/Scheideweg (West 2) führt zu folgenden Änderungen im Investitionsprogramm 2011 – 2015:

Konto/Auftragsnr.	Bezeichnung		Ges.-kosten TEUR	Zweckgeb. Einnnahmen TEUR Zuwei-sung.	Son-stige	Ausgaben in TEUR 2011	2012	2013	2014	2015
2300.0028	Erwerb MW-Kanal Gewerbegebiet Winterhagen/Scheideweg (West 2)	alt	0			0	0	0	0	0
		neu	165			0	**165**	0	0	0
	Gesamt:	alt	2.290			748	708	278	278	278
		neu	**2.455**			**748**	**873**	**278**	**278**	**278**

Finanzielle Auswirkungen:

Wie dargestellt

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Christian Potthoff

Anlagen:
2. Entwurf Investitionsprogramm 2011 – 2015

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Investitionsprogramm 2011 - 2015

Konto/Auftragsnr.	Bezeichnung	Ges.-kosten TEUR	Zweckgeb. Einnnahmen TEUR		Ausgaben in TEUR					Erl. Nr.
			Zuwei-sung.	Son-stige	2011	2012	2013	2014	2015	
2300.0006	Mitverlegung von Druckleitungen	25			5	**5**	5	5	5	
2300.0007	Anschaffung von Geräten	15			3	**3**	3	3	3	
2300.0008	Technische Erneuerung von Regenüberlauf/-Regenrückhaltebecken und Pumpwerken	900			390	**450**	20	20	20	01
2300.0010	Sanierung im Kanalnetz	1.250			250	**250**	250	250	250	02
2300.0011	Entwässerung Winterhagen/Scheideweg (West 2)	80			80	**0**	0	0	0	
2300.0027	Regenwasserkanal Stichweg Rader Straße	20			20	**0**	0	0	0	
2300.0028	Erwerb MW-Kanal Gewerbegebiet Winterhagen/Scheideweg (West 2)	165			0	**165**	0	0	0	08
	Gesamt:	**2.455**			**748**	**873**	**278**	**278**	**278**	

Ö 12

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich I - Steuerungsunterstützung / Service
Sachbearbeiter/in: Isabel Bever

Vorlage

Datum: 17.11.2011
Vorlage FB I/1620/2011

TOP	**Betreff** **Feststellung des Jahresabschlusses 2010 und Erteilung des Bestätigungsvermerkes**

Beschlussentwurf:

1. Der Ausschuss empfiehlt / der Rat beschließt
   a) die Feststellung des Jahresabschlusses 2010 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 23.401.057,07 €;
   b) dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt.

2. Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt
   die Erteilung des uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes inhaltsgleich mit dem Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Weber & Thönes GmbH vom 14.11.2011 im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010 und des Lageberichtes zum Haushaltsjahr 2010.

Beratungsfolge	**Termin**	**Behandlung**
Rechnungsprüfungsausschuss	06.12.2011	nicht öffentlich
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

Auf den vorliegenden Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Weber & Thönes GmbH, der allen Ratsmitgliedern vorliegt, wird verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Isabel Bever

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich I - Steuerungsunterstützung / Service
Sachbearbeiter/in: Isabel Bever

Vorlage

Datum: 17.11.2011
Vorlage FB I/1621/2011

TOP	**Betreff** **Behandlung des Jahresfehlbetrages 2010**
Beschlussentwurf: Der Ausschuss empfiehlt / der Rat beschließt den Ausgleich des Jahresfehlbetrages in Höhe von 23.401.057,07 € durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage herzustellen.	

Beratungsfolge	**Termin**	**Behandlung**
Rechnungsprüfungsausschuss	06.12.2011	nicht öffentlich
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

Inhaltlich wird auf den Tagesordnungspunkt "Feststellung des Jahresabschlusses 2010 und Erteilung des Bestätigungsvermerkes" verwiesen.

Die Verwaltung empfiehlt, den Ausgleich des Jahresfehlbetrages in Höhe von 23.401.057,07 € durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage herzustellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Isabel Bever

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich I - Steuerungsunterstützung / Service
Sachbearbeiter/in: Jörg Tillmanns

Vorlage

Datum: 27.02.2012
Vorlage FB I/1689/2012

TOP	Betreff **Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen von 2011 nach 2012**
Beschlussentwurf: Der Rat nimmt die Übersicht der Ermächtigungsübertragungen zur Kenntnis.	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

Übersicht der Ermächtigungsübertragungen 2011 - 2012

Im NKF – Haushalt existiert für die Übertragung von Haushaltsmitteln für nicht abgeschlossene Maßnahmen das Instrument der Ermächtigungsübertragung.

Die Übertragung von Ermächtigungen führt zu einer unmittelbaren Veränderung der beschlossenen Haushaltspositionen im Ergebnisplan bzw. im Finanzplan und zur wirtschaftlichen Belastung des Folgejahres.

Entsprechend der ursprünglichen sachlichen Festlegung im Haushaltsplan des abgelaufenen Haushaltsjahres ist auch die Inanspruchnahme der übertragenen Ermächtigungen im neuen Haushaltsjahr vorzunehmen. Dadurch wird dem Beschluss des Rates über die Haushaltssatzung und die Bindung der Verwaltung an den Willen des Rates wirksam und ausreichend Rechnung getragen.

Die Finanzierung der übertragenen Mittel wird nach folgenden Grundlagen vorgenommen:

- Im Finanzplan erfolgt vorrangig eine Finanzierung aus zweckgebundenen oder pauschalen Landeszuweisungen (Schul- und Bildungspauschale, Sportpauschale, Feuerschutzpauschale, allgemeine Investitionspauschale) bzw. aus zweckgebundenen Beiträgen. Erst nach Berücksichtigung aller anderen Finanzierungsmöglichkeiten erfolgt subsidiär eine Finanzierung durch Kreditaufnahme. Die Zuordnung der allgemeinen Investitionspauschale erfolgt vorrangig zu den Investitionsgütern mit geringerer Nutzungsdauer, die Finanzierung über Kredite betrifft daher die investiven Maßnahmen mit längerfristigen Nutzungszeiträumen.

- Im Ergebnisplan erfolgt die Finanzierung aus der Deckungsrücklage. Die Ermächtigungsübertragungen führen – wie bereits dargestellt – zur Belastung des aktuellen Haushaltsjahres 2011.

  Um den gesetzlich geforderten Haushaltsausgleich dazustellen, muss eine Deckung für die Mehrbelastungen im Ergebnisplan 2012 geschaffen werden. Hierzu ergibt sich aus den Bestimmungen der §§ 22 und 43 Abs. 3 der Gemeindehaushaltsverordnung, dass eine sogenannte „Deckungsrücklage“ zu bilden ist.

  Die Deckungsrücklage ist in Höhe der Summe aller Ermächtigungsübertragungen des Ergebnisplanes als Rücklage im Eigenkapital anzusetzen. Die Auflösung dieser Rücklage erfolgt parallel zur Inanspruchnahme der Ermächtigung oder aber mit Ablauf der Verfügbarkeit der konkreten Ermächtigung.

  Müssen Ermächtigungen nicht mehr in Anspruch genommen werden, so erfolgt eine Auflösung der zweckgebundenen Deckungsrücklage zugunsten der allgemeinen Rücklage.

Gemäß § 22 Abs. 4 GemHVO NW ist dem Rat eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen.

Die beigefügte Übersicht der Ermächtigungsübertragungen ist gegliedert nach Maßnahmen

I. im Finanzplan
II. im Ergebnisplan
III im Umlaufvermögen.

Finanzplan (Investitionen)**:**		Seite H-Plan 2011	**Wert €**	**Erl.**
5.000307	Festwert Feuerwehr Bekleidung	244	162	01
5.000048	Stadtstraße	468	500.000	02
5.000095	Erwerb von Grundstücken	177	5.000	03
5.000231	Geh- und Radweg Bahntrasse	470	800.000	04
5.000257	Immaterielle VG Kath. Grundschule	259	400	05
5.000267	Wupperauenpark	493	7.214	06
5.000302	Energetische Sanierung EKS	279	232.096	07
5.000334	Parkplatz Stadtstraße/Wupperaue	471	4.343	08
5.000335	Erwerb bewegl. AV Geräte / Maschinen RGM	185	5.000	09
5.000369	Immaterielle VG Jugendtreff	367	100	10
		ZW:	**1.554.315**	

Erläuterungen Finanzplan:

Zu 01: Für einen Feuerwehrmann ist die Beschaffung von neuen Stiefeln in Auftrag gegeben worden. Da es sich um eine Sonderanfertigung handelt benötigt der Hersteller eine längere Lieferzeit, so dass die Lieferung erst in 2012 erfolgen kann. Die vorhandenen Mittel sind im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 zur Verfügung zu stellen.

Zu 02: Die Endabrechnung der Baumaßnahme "Stadtstraße" konnte in 2011 nicht zu Ende geführt werden. Die endgültige Abrechnung bzw. Fertigstellung der Maßnahme kann erst in 2012 erfolgen. Dementsprechend müssen die hierfür vorgesehenen Mittel im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 bereitgestellt werden.

Zu 03: Im Haushalt stehen pauschale Mittel für den Erwerb von Grundstücken zur Verfügung. Für noch nicht ganz abgewickelte Geschäfte aus dem Jahr 2011 werden noch Grunderwerbsnebenkosten fällig. Die vorhandenen Mittel sind im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 zur Verfügung zu stellen.

Zu 04: Die Fertigstellung des Geh- und Radweges konnte in 2011 nicht abgeschlossen werden. Offen sind die Tunnelsanierung, Beleuchtungsanlagen, Zaunanlagen, Bepflanzungen, Anpassung von Zuwegungen, etc.. Dementsprechend müssen die hierfür vorgesehenen Mittel im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 bereitgestellt werden.

Zu 05: Es handelt sich um die Beschaffung von Office Lizenzen für die Kath. Grundschule. Der Vorgang konnte in 2011 nicht mehr abgewickelt werden. Die Rechnungsstellung erfolgte erst in 2012. Zur Begleichung dieser Rechnung sind die Mittel im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 zur Verfügung zu stellen.

Zu 06: Die Bauausführung der Maßnahme Wupperauenpark wurde in 2011 abgeschlossen. Die Schlussrechnung des mit der Planung und Bauleitung beauftragten Büros wird erst in 2012 eingehen. Zur Begleichung dieser Rechnung sind die Mittel im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 zur Verfügung zu stellen.

Zu 07: Insbesondere im Bereich der Außenanlagen konnte die Baumaßnahme "Energetische Sanierung EKS" in 2011 aus witterungsbedingten Gründen nicht vollständig abgeschlossen werden. Dementsprechend müssen die hierfür vorgesehenen Mittel im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 bereitgestellt werden.

Zu 08: An der Baumaßnahme "Parkplatz Stadtstraße/Wupperaue" konnten einige Restarbeiten nicht mehr in 2011 fertig gestellt werden. Diese sollen im Jahr 2012 erfolgen. Die dafür vorgesehenen Mittel müssen im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 zur Verfügung gestellt werden.

Zu 09: Es handelt sich um die Beschaffung einer Schneefräse für den Hausmeister der Hauptschule. Der Vorgang konnte in 2011 nicht mehr abgewickelt werden. Die dafür vorgesehenen Mittel müssen im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 zur Verfügung gestellt werden.

Zu 10: Es handelt sich um die Beschaffung einer Überwachungssoftware für den Jugendtreff. Die Abwicklung hat sich aus technischen Gründen verzögert und konnte im Jahr 2011 nicht mehr abgeschlossen werden. Der Vorgang konnte in 2011 nicht mehr abgewickelt werden. Die dafür vorgesehenen Mittel müssen im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 zur Verfügung gestellt werden.

Ergebnisplan (Produkte, Kostenstellen)**:**		Seite H-Plan 2011	**Wert €**	**Erl.**
21190	HO f.Halle Neuenherweg BH/FW (IM)	54	7.500	01
21246	HO f. Turnhalle Hauptschule (IM)	49	13.500	02
21250	HO f. Realschule (IM)	50	24.000	03
		ZW:	**45.000**	

Erläuterungen Ergebnisplan:

Zu 01: Die Vorarbeiten für den Einbau eines Tores an der Halle Neuenherweg erfolgten im Dezember 2011. Das neue Tor wurde ebenfalls noch im Dezember geliefert. Der Einbau und Anschluss des Tores an die Steuerung kann jedoch erst im Jahr 2012 erfolgen. Die dafür vorgesehenen Mittel aus dem Haushaltsplan 2011 sind im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 zur Verfügung zu stellen.

Zu 02: An der Hauptschule werden Sonnenschutzmaßnahmen durchgeführt. Hierfür wurden Spezialfolien bestellt. Bedingt durch lange Lieferzeiten erfolgte die Lieferung erst im November 2011. Für die Verarbeitung wird ein frostfreier Zeitraum von ca. 14 Tage benötigt. Um diesen zu gewährleisten wird die weitere Umsetzung erst im Frühjahr 2012 erfolgen. Die dafür vorgesehenen Mittel aus dem Haushaltsplan 2011 sind im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 zur Verfügung zu stellen.

Zu 03: Nach den durchgeführten Brandschutzmaßnahmen im Neubautrakt der Realschule sind noch Aufschaltungen und Erweiterungen an der vorhandenen Brandmeldeanlage erforderlich. Ebenso sind noch abschließende bauliche Veränderungen notwendig. Diese Restarbeiten konnten in 2011 nicht mehr erfolgen und sollen nun in den Osterferien 2012 durchgeführt werden. Die dafür vorgesehenen Mittel aus dem Haushaltsplan 2011 sind im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 für die Beendigung der Arbeiten zur Verfügung zu stellen.

Umlaufvermögen:	Seite H-Plan 2011	**Wert €**	**Erl.**
Stadtstraße - Kreisverkehr Raderstraße (Anteil Bund)	464	328.000	01
Stadtstraße - Knoten Bachstraße (Anteil Bund)	464	250.000	02
	ZW:	**578.000**	

GESAMT :	**2.177.315**	

Erläuterungen Umlaufvermögen:

Zu 01: - 02 Die Endabrechnung bzw. Endabwicklung der Baumaßnahme "Stadtstraße" kann erst in 2012 endgültig fertig gestellt werden. Dies gilt auch für den Kreisverkehr Raderstraße (Anteil Bund) und den Knoten Bachstraße (Anteil Bund). Diese Teile werden im Umlaufvermögen geführt. Dementsprechend müssen die hierfür vorgesehenen Mittel im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2012 bereitgestellt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Beteiligte Fachbereiche:

FB	I		
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Jörg Tillmanns

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich I - Steuerungsunterstützung / Service
Sachbearbeiter/in: Irina Sohn

Vorlage

Datum: 22.02.2012
Vorlage FB I/1683/2012

TOP	Betreff **Kenntnisnahme über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen**
Beschlussentwurf: Der Rat nimmt die durch den Kämmerer bzw. dessen Vertreter gem. § 83 Abs. 1 GO NW in Verbindung mit § 8 der Haushaltssatzung genehmigten Haushaltsüberschreitungen zur Kenntnis.	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

Gemäß § 83 Abs. 1 GO NW in Verbindung mit § 8 der Haushaltssatzung wurden die folgenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen durch den Kämmerer bzw. dessen Vertreter genehmigt:

	Konto	KSt. / Prod. / Auft. / Inv.	Bezeichnung	FB	Bisher verfügbar EUR	Mehrbedarf EUR
			Haushaltsjahr 2011			
1	543900	1410	Andere sonstige Geschäftsaufwendungen / Verr. Lohnkosten BBH Arbeiter	III	0,00	1.055,00
2	549300	4.000001.791.030	Festwerte / Festwerte Feuerwehr Fahrzeuge	II	12.000,00	620,00
3	529100	1.21.10.01	Sonstige Sach- und Dienstleistungen / Sonstige schulische Aufgaben	II	8.500,00	6.500,00

	Konto	KSt. / Prod. / Auft. / Inv.	Bezeichnung	FB	Bisher verfügbar EUR	Mehrbedarf EUR
4	541300	120240	Reisekosten / Ruhender Verkehr	II	100,00	50,00
5	523100	1.55.01.01	Unterhaltung Grundstücke, Gebäude usw. / Grünflächen, Kommunalwald, Ackerland	III	38.954,00	1.190,00
6	523400	13610	Unterhaltung Fahrzeuge / LKW 1 BBH	III	3.000,00	4.000,00
7	543200	1.12.10.01	Drucksachen / Einwohnerangelegenheiten, Bürgerservice	II	66.600,00	2.000,00
8	782100	5.000148.715.006	Erwerb immaterielle Vermögensgegenstände / Immaterielle VermG 2011	I	4.000,00	1.400,00
9	501900	1.36.04.01	Vergütungen der sonstigen Beschäftigten / Jugendzentrum	II	7.750,00	3.100,00
10	542700	1.61.02.01.01	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz / Allg. sonstige Finanzwirtschaft	I	0,00	7.700,00
11	543500	130910	Telefon / Betrieb Abwasserbeseitigung	III	190,00	40,00
12	546900	1.61.02.01.02	Sonstige Aufwendungen für besondere Finanzauszahlungen / Grundstückskaufpreisverrentungen	I	0,00	331.150,00
13	559100	1.61.02.01.02	Sonstige Zinsaufwendungen / Grundstückskaufpreisverrentungen	I	21.300,00	41.350,00

Erläuterungen:

Zu 1: Für den Baubetriebshof mussten zwei Stellenanzeigen aufgegeben werden. Dies war bei der Mitteleinplanung nicht vorhersehbar, so dass keine Mittel zur Verfügung standen.

Zu 2: Bei einem Feuerwehreinsatz ist ein Funkgerät zu Schaden gekommen. Eine Reparatur ist lt. Prüfung einer Fachfirma nicht möglich. Auch handelt es sich um keinen Versicherungsfall, da das Gerät außerhalb des Fahrzeuges einen Kurzschluss erlitt; Versicherungsschutz besteht nur innerhalb des Fahrzeugs als dessen Bestandteil. Für die unabweisbare Beschaffung eines neuen Funkgerätes wurde die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel erforderlich.

Zu 3: Der bestehende Entwurf des Schulentwicklungsplanes vom April 2011 muss aufgrund des 6. Schulrechtsänderungsgesetzes vom Oktober 2011 komplett überar-

beitet werden. Der hierzu von den Fraktionen eingereichte Fragenkatalog wurde in der Ratssitzung am 29.11.2011 ausführlich erläutert. Für die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes wurden zusätzliche Mittel benötigt.

Zu 4: Der Ansatz für Reisekosten im Bereich Ordnungsamt „Ruhender Verkehr“ reichte nicht aus.

Zu 5: An dem neuen Streckenabschnitt des Wanderweges zwischen Neye- und Bevertalsperre wurden Pflegemaßnahmen an den Sträuchern erforderlich. Hierfür wurde eine überplanmäßige Bereitstellung notwendig.

Zu 6: Die Bremsleistung des großen LKW des Bauhofs ließ schlagartig stark nach. Für die notwendige Reparatur reichten die noch vorhandenen Mittel nicht aus.

Zu 7: Durch ein unerwartet hohes Antragsaufkommen bei Ausweisen und Pässen entstand ein entsprechender Mehraufwand bei den Kosten für Drucksachen.

Zu 8: Für den Einstieg in den Bereich DMS (Dokumentenmanagement-System) wurde die Beschaffung von Office 2010 Lizenzen erforderlich. Der Ansatz für den Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände musste hierfür erhöht werden.

Zu 9: Durch die Neuausrichtung und den Umbau des Jugendtreffs sind höhere Honorarkosten angefallen als vorgesehen. So wurde z.B. die Gestaltung der Räumlichkeiten in Eigenleistung durchgeführt, um sie attraktiver für die Jugendlichen zu machen. Der Mehraufwand kann jedoch innerhalb des Budgets des Jugendtreffs gedeckt werden.

Zu 10: Für das Klageverfahren in Sachen Derivatgeschäfte mussten weitere Rechtsanwaltskosten in Höhe von insgesamt 300.000 € für den eigenen und den gegnerischen Rechtsanwalt zurückgestellt werden. Hierfür sah der Haushaltsplan 2011 keinen Ansatz vor. Bis auf 7.700 €, die außerplanmäßig bereit gestellt werden mussten, reichten hierfür die nicht verbrauchten Mittel des Gesamtbudgets „Allgemeine sonstige Finanzwirtschaft“.

Zu 11: Der Ansatz 2011 für Telefonkosten des Betriebes Abwasserbeseitigung reichte nicht aus.

Zu 12+13: In der Vergangenheit wurde von den Wirtschaftsprüfern die bilanzielle Ausweisung der Verrentungen kritisiert. Daraufhin wurden im Jahresabschluss 2010 Korrekturbuchungen vorgenommen, die bei dem Konto „periodenfremde, sonstige ordentliche Erträge“ rd. 321 T€ als Ergebnisverbesserung ausmachten.
Eine erneute gemeinsame Betrachtung mit den Wirtschaftsprüfern im Laufe des Jahres 2011 ergab, dass die Umstellung der Bilanzierung aus dem Vorjahr erneut korrigiert werden musste. Die neuerlichen Korrekturen im Jahresabschluss 2011 ergaben eine Verschlechterung in der Ergebnisrechnung von rd. 372 T€. Per Saldo hatten beide Veränderungen nur eine Auswirkung von rd. 51 T€ auf die Ergebnisrechnung.
Zur Durchführung der entsprechenden Veränderungsbuchungen wurde das ausgewiesene Budget benötigt. Es handelt sich um bilanzielle Vorgänge aufgrund rechtlicher Vorgaben, die gem. § 8 der Haushaltssatzung durch den Kämmerer genehmigt werden können.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Deckung der dargestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen erfolgt durch:

Zu 1: Minderaufwendungen bei Kto. 542900, Prod. 1.51.01.01 „Andere sonstige Inanspruchnahme von Rechten und Diensten/Stadtplanung“.

Zu 2: Minderauszahlungen bei Kto. 782600, Inv.obj. 5.000190.710.001 „Erwerb bewegliches Anlagevermögen/Ersatz Renault Pritsche“.

Zu 3: Minderaufwendungen bei Kto. 529100, Prod. 1.12.01.01 „Sonstige Sach- und Dienstleistungen/Allgemeine Gefahrenabwehr“ in Höhe von 3.000,00 € und bei Kto. 542100, Prod. 1.12.01.01 „Mieten, Pachten, Erbbauzinsen/Allgemeine Gefahrenabwehr“ in Höhe von 3.500,00 €.

Zu 4: Minderaufwendungen bei Kto. 541300, KSt. 120210 „Reisekosten/Schutz/VK/Gefahrenabwehr“.

Zu 5: Minderaufwendungen bei Kto. 529100, Prod. 1.51.01.01 „Sonstige Sach- und Dienstleistungen/Stadtplanung“.

Zu 6: Minderaufwendungen bei Kto. 525600, Prod. 1.54.01.01 „Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen/Bau und Unterhaltung von Verkehrsflächen“.

Zu 7: Mehrerträge bei Kto. 431100, Prod. 1.12.10.01 „Verwaltungsgebühren/Einwohnerangelegenheiten, Bürgerservice“.

Zu 8: Minderauszahlungen bei Kto. 782600, Inv.obj. 5.000190.710.001 „Erwerb bewegliches Anlagevermögen/Ersatz Renault Pritsche“.

Zu 9: Minderaufwendungen bei Kto. 524900, Prod. 1.36.04.01 „Andere sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen/Jugendzentrum“ in Höhe von 2.200,00 €, bei Kto. 529100, Prod. 1.36.04.01 „Sonstige Sach- und Dienstleistungen/Jugendzentrum“ in Höhe von 700,00 € und bei Kto. 541200, KSt. 120580 „Aus- und Fortbildung, Umschulung/Jugendzentrum“ in Höhe von 200,00 €.

Zu 10,12 und 13: Mehrerträge bei Kto. 458300, Prod. 1.61.02.01.01 „Erträge aus Auflösung/Herabsetzung von Rückstellungen/Allgemeine sonstige Finanzwirtschaft“.

Zu 11: Minderaufwendungen bei Kto. 541300, KSt. 130130 „Reisekosten/Beitragswesen“.

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Irina Sohn

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Ratsbüro
Sachbearbeiter: Torsten Kemper

Vorlage

Datum: 31.01.2012
Vorlage RB/1665/2012

TOP	Betreff
	Shared Services mit Wipperfürth - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Bauhof

Beschlussentwurf:
Im Rahmen des Projektes "Shared Services" wird dem Abschluss der beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Wipperfürth zur Wahrnehmung der Aufgaben der Straßenunterhaltung, Straßenreinigung, Grünflächenunterhaltung etc. durch die Einrichtung eines gemeinsamen Bauhofes zugestimmt.

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	06.03.2012	öffentlich
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

Am 07.10.2010 ist durch den Rat der Stadt Hückeswagen (sowie gleichlautend durch den Wipperfürther Rat) die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Zusammenlegung der Aufgaben beiden Bauhöfe beschlossen worden

Der Text der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wurde zwar vor der Beschlussfassung durch die Räte mit der Kommunalaufsicht besprochen, aufgrund der zeitlichen Belastung der Kommunalaufsicht war eine eingehende Prüfung jedoch nicht möglich. Die Beschlussfassung vom 07.10.2010 wurde gem. § 24 Abs. 2 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt.

Die Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises hat mit Verfügung vom 11.01.2011 **keine grundsätzlichen Bedenken** gegen die öffentlich-rechtliche Vereinbarung angemeldet. Allerdings hat sie einige Änderungen mitgeteilt, die zur Genehmigung notwendig sind.

Diese Änderungen wurden in die beschlossene Fassung eingearbeitet. In der Anlage ist eine Synopse beigefügt, die die beschlossene Fassung der nach Vorgaben der Kommunalaufsicht überarbeiteten Fassung gegenüberstellt. Die geänderten Passagen sind in der alten Fassung grün, in der neuen Fassung gelb gekennzeichnet.

Diese neue Fassung wurde der Kommunalaufsicht vorab vorgelegt, diese hat mitgeteilt, dass diese Fassung uneingeschränkt genehmigungsfähig ist.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die neue Fassung keine Änderungen enthält, die die Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit betreffen. Es handelt sich im Wesentlichen um Formalitäten, die auf die Zusammenarbeit der beiden Bauhöfe keine Auswirkungen haben.

Im Folgenden werden die Änderungen erläutert:

Präambel:
Wie bereits in der Überschrift legt die Kommunalaufsicht aus formalen Gründen Wert darauf, dass nur die **Aufgaben**, die die Bauhöfe ausführen, zusammengelegt werden. Dies muss sprachlich präzise dargestellt werden, um genehmigungsfähig zu sein.

§ 1
s. Erläuterungen zu § 2 Ziffer 3

§ 2
Ziffer 1:
s. Erläuterungen zur Präambel

Ziffer 3:
Bisher waren die Aufgaben des Bauhofes in einer separaten Anlage 1 zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung aufgelistet. Diese Anlage war Bestandteil der Vereinbarung, so dass bei Änderungen des Aufgabenkataloges jeweils ein neuer Vertragsbeschluss und eine neue Genehmigung mit Veröffentlichung hätte erfolgen müssen. Um dies zu vereinfachen, wird jetzt ein Leistungskatalog separat durch die Räte beschlossen. Dadurch wird das Verfahren erheblich vereinfacht. Eine Änderung des Leistungskataloges kann weiterhin nur im Einvernehmen der beiden Städte erfolgen.

Ziffer 5:
Aus Sicht des Kreises ist die bisher formulierte Abnahmeverpflichtung entbehrlich, da die Stadt Hückeswagen sich durch die Aufgabenübertragung bereits unmittelbar an die Stadt Wipperfürth gebunden hat. Daher dient der neue Absatz nur der Klarstellung - keine inhaltliche Änderung.

§ 3
Ziffer 2:
Die Anzahl der Stellen wurde angepasst. Wie bereits mitgeteilt, wird von Seiten der Stadt Wipperfürth eine Integration der Mitarbeiter im Bereich der Abwasserbeseitigung nicht für sinnvoll erachtet. Diese sind daher aus der Stellenzahl gestrichen worden. Da die Kollegen aber ebenfalls im Bauhof untergebracht sind, müssen diese dann Miete an den gemeinsamen Bauhof entrichten, was die umzulegenden Kosten reduziert.

Außerdem war hier ähnlich wie bei § 2 Ziffer 3 das Organigramm als Anlage 2 Teil der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung. Dies würde bei Änderungen zur Notwendigkeit einer neuen Genehmigung und Veröffentlichung führen. Im Übrigen ist die Frage der Stellenverteilung nicht erheblich für die Zusammenführung der Bauhöfe, daher wurde der Bezug zum Organigramm gestrichen. Änderungen der Stellenbemessung erfolgen weiterhin einvernehmlich im Lenkungskreis.

§ 4
Ziffer 1:
Sprachliche Anpassung

Ziffer 2:
Der Stichtag wurde von 31.12.2010 auf den 31.12.2011 angepasst. Änderungen der Stellen sind in dieser Zeit nicht erfolgt. Zur Klarstellung wird das Verhältnis der Stellen auch zahlenmäßig in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung festgeschrieben.

Ziffer 3:
In der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung fehlten Regelungen zum mobilen Anlagevermögen. Diese waren zwischen den Partnern zwar besprochen, aber nicht verschriftlicht worden. Die Maschinen und Geräte der Stadt Hückeswagen werden der Stadt Wipperfürth zur Verfügung gestellt, die Abschreibungen und die Zinsen erstattet die Stadt Wipperfürth an Hückeswagen, die Unterhaltung wird von Wipperfürth übernommen. Neunschaffungen erfolgen ausschließlich durch Wipperfürth.

§ 5
Ziffer 1:
s. Erläuterungen zur Präambel

§ 9:
s. Erläuterungen zu § 2 Ziffer 3

Finanzielle Auswirkungen:

keine Änderungen zur bisher beschlossenen Fassung.

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Torsten Kemper

Anlagen:
Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (Synopse zur alten Fassung)

Synopse zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung „Bauhof“

Beschlussversion (Stand 19.10.2010)	Erneute Version nach Vorlage bei der Kommunalaufsicht (Stand 31.01.2012)
Öffentlich-rechtliche Vereinbarung **der Städte Hückeswagen und Wipperfürth** **zur Wahrnehmung der Aufgaben der Straßenunterhaltung, Straßenreinigung, Grünflächenunterhaltung, Friedhofsunterhaltung und -betrieb sowie sonstigen Annextätigkeiten durch die Einrichtung eines gemeinsamen Bauhofes**	**Öffentlich-rechtliche Vereinbarung** **der Städte Hückeswagen und Wipperfürth** **zur Wahrnehmung der Aufgaben der Straßenunterhaltung, Straßenreinigung, Grünflächenunterhaltung, Friedhofsunterhaltung und -betrieb sowie sonstigen Annextätigkeiten durch die Einrichtung eines gemeinsamen Bauhofes**
Präambel Im Rahmen eines Modell-Projektes des Landes Nordrhein-Westfalen haben die Städte Hückeswagen und Wipperfürth den Entschluss gefasst, Aufgaben im Bereich der bisherigen Baubetriebshöfe gemeinsam in einem neu einzurichtenden Bauhof auf dem Gebiet der Stadt Wipperfürth wahrzunehmen. Aus diesem Grunde schließen die Vertragskommunen zur Errichtung eines gemeinsamen Bauhofes die folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung gem. §§ 1 und 23 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG) in Form der Bekanntmachung vom 01.10.1979 zuletzt geändert am 12.05.2009 (GV. NRW. 2009 S. 298, 326). Sie schließen diese Vereinbarung in dem Bewusstsein, dass eine erfolgreiche gemeinsame Aufgabenwahrnehmung eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Beteiligten erfordert.	**Präambel** Im Rahmen eines Modell-Projektes des Landes Nordrhein-Westfalen haben die Städte Hückeswagen und Wipperfürth den Entschluss gefasst, einzelne städtische Aufgaben, die bisher durch die eigenen Baubetriebshöfe ausgeführt wurden, gemeinsam in einem neu einzurichtenden Bauhof auf dem Gebiet der Stadt Wipperfürth wahrzunehmen. Aus diesem Grunde schließen die Vertragskommunen zur Wahrnehmung der Aufgaben der Straßenunterhaltung, Straßenreinigung, Gründflächenunterhaltung, Friedhofsunterhaltung und –betrieb sowie sonstiger Annextätigkeiten durch die Errichtung eines gemeinsamen Bauhofes die folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung gem. §§ 1 und 23 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG) in Form der Bekanntmachung vom 01.10.1979 zuletzt geändert am 12.05.2009 (GV. NRW. 2009 S. 298, 326). Sie schließen diese Vereinbarung in dem Bewusstsein, dass eine erfolgreiche gemeinsame Aufgabenwahrnehmung eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Beteiligten erfordert.
§ 1 Vereinbarungsgegenstand Auf dem Gebiet der Städte Hückeswagen und Wipperfürth führt die Stadt Wipperfürth die Aufgaben der Straßenunterhaltung, Straßenreinigung, Grünflächenunterhaltung, Friedhofsunterhaltung und -betrieb sowie sonstige Annextätigkeiten durch den	**§ 1 Vereinbarungsgegenstand** Auf dem Gebiet der Städte Hückeswagen und Wipperfürth führt die Stadt Wipperfürth die Aufgaben der Straßenunterhaltung, Straßenreinigung, Grünflächenunterhaltung, Friedhofsunterhaltung und -betrieb sowie sonstige Annextätigkeiten durch den

städtischen Bauhof aus. Hierzu überträgt die Stadt Hückeswagen die Durchführung der in § 2 und der dazugehörigen Anlage 1 genannten Aufgaben auf der Grundlage einer mandatierenden Vereinbarung.	städtischen Bauhof aus. Hierzu überträgt die Stadt Hückeswagen die Durchführung der in § 2 genannten Aufgaben auf der Grundlage einer mandatierenden Vereinbarung.
§ 2 Aufgaben und Pflichten	**§ 2 Aufgaben und Pflichten**
1. Auf die Stadt Wipperfürth werden sämtliche Aufgaben des Bauhofes (s. Anlage 1) übertragen. Zu diesen Aufgaben gehören insbesondere folgende Dienstleistungen: a. Unterhaltung und Sicherung von Verkehrsflächen b. Winterdienst c. Stadt- und Straßenreinigung d. Grünflächenpflege e. Friedhofsunterhaltung und Bestattungen f. Unterhaltung von Spiel- und Sportplätzen und Gewässern g. Sonstige Serviceleistungen (Annextätigkeiten)	1. Auf die Stadt Wipperfürth werden sämtliche Aufgaben gem. § 1 übertragen. Zu diesen Aufgaben gehören insbesondere folgende Dienstleistungen: a. Unterhaltung und Sicherung von Verkehrsflächen b. Winterdienst c. Stadt- und Straßenreinigung d. Grünflächenpflege e. Friedhofsunterhaltung und Bestattungen f. Unterhaltung von Spiel- und Sportplätzen und Gewässern g. Sonstige Serviceleistungen (Annextätigkeiten)
2. Die übertragenen Dienstleistungen werden in drei Arten unterschieden: a. Wiederkehrende bzw. fortdauernde Leistungen werden als Daueraufträge definiert und sind in einem gemeinsamen Leistungskatalog für den Bauhof festgelegt. b. Leistungen/Aufträge, die geplant und absehbar von längerer Dauer sind und damit Personal- und Sachkapazitäten binden, werden als Projekte definiert. c. Einzelne und unmittelbar ausführbare Leistungen werden als Einzelaufträge bezeichnet.	2. Die übertragenen Dienstleistungen werden in drei Arten unterschieden: a. Wiederkehrende bzw. fortdauernde Leistungen werden als Daueraufträge definiert und sind in einem gemeinsamen Leistungskatalog für den Bauhof festgelegt. b. Leistungen/Aufträge, die geplant und absehbar von längerer Dauer sind und damit Personal- und Sachkapazitäten binden, werden als Projekte definiert. c. Einzelne und unmittelbar ausführbare Leistungen werden als Einzelaufträge bezeichnet.
3. Eine Änderung des gemeinsamen Leistungskataloges oder der auf die Stadt Wipperfürth übertragenen Aufgaben	3. Ein detaillierter Leistungskatalog zu Beginn der Zusammenarbeit wird durch Beschluss der Räte der beiden Städte festgelegt. Eine Änderung des gemein-

muss im Einvernehmen erfolgen.	samen Leistungskataloges oder der auf die Stadt Wipperfürth übertragenen Aufgaben muss im Einvernehmen erfolgen.
4. Die Vereinbarung der Leistungserbringung unterscheidet sich nach der Leistungsart: a. Daueraufträge werden durch eine schriftliche Abnahmeerklärung vereinbart, welche die zu erbringenden Leistungsarten und deren Abgeltung regelt. b. Projekte werden in einer schriftlichen Projektvereinbarung festgelegt, welche die zu erbringenden Leistungsarten und deren Abgeltung regelt. c. Einzelaufträge sind grundsätzlich schriftlich zu vereinbaren und zu bestätigen und über eine standardisierte Auftragserteilung und -bestätigung zu dokumentieren. Bei Eilbedürftigkeit genügt eine mündliche Auftragserteilung.	4. Die Vereinbarung der Leistungserbringung unterscheidet sich nach der Leistungsart: a. Daueraufträge werden durch eine schriftliche Abnahmeerklärung vereinbart, welche die zu erbringenden Leistungsarten und deren Abgeltung regelt. b. Projekte werden in einer schriftlichen Projektvereinbarung festgelegt, welche die zu erbringenden Leistungsarten und deren Abgeltung regelt. c. Einzelaufträge sind grundsätzlich schriftlich zu vereinbaren und zu bestätigen und über eine standardisierte Auftragserteilung und -bestätigung zu dokumentieren. Bei Eilbedürftigkeit genügt eine mündliche Auftragserteilung.
5. Die Städte Hückeswagen und Wipperfürth verpflichten sich, diejenigen Leistungsarten, die zum Zeitpunkt des Abschlusses der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung von den jeweiligen Bauhöfen übernommen wurden (s. Leistungskatalog, Anlage 1), auch weiterhin von dem gemeinsamen Bauhof abzunehmen. Änderungen sind mit Zustimmung des Lenkungskreises (s. § 5) möglich.	5. Die Städte Hückeswagen und Wipperfürth sind sich darüber einig, dass der gemeinsame Bauhof die zum Zeitpunkt des Abschlusses der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung von den jeweiligen Bauhöfen wahrgenommenen Leistungsarten nach Leistungskatalog gem. Ziffer 3 Satz 1 erbringt und dass die beiden Städte in diesem Umfang auf die Leistungen des gemeinsamen Bauhofes zurückgreifen. Änderungen sind mit Zustimmung des Lenkungskreises (s. § 5) möglich.
§ 3 Organisation	**§ 3 Organisation**
1. Die Tätigkeiten des Bauhofes werden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Hückeswagen und der Stadt Wipperfürth wahrgenommen.	1. Die Tätigkeiten des Bauhofes werden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Hückeswagen und der Stadt Wipperfürth wahrgenommen.
2. Zu Beginn der Wahrnehmung der Aufgaben beider Städte durch die Stadt Wipperfürth besteht ein Personalbedarf von insgesamt 48,5* Stellen. Die Stel-	2. Zu Beginn der Wahrnehmung der Aufgaben beider Städte durch die Stadt Wipperfürth besteht ein Personalbedarf von insgesamt 48,5* Stellen. (*aktuelle Stellenanzahl im Zeitpunkt der tatsäch-

lenverteilung wird im Organigramm in der Anlage 2, die Bestandteil dieser Vereinbarung ist, dargestellt. (*aktuelle Stellenanzahl im Zeitpunkt der tatsächlichen Inbetriebnahme)	lichen Inbetriebnahme).
3. Entspricht die Stellenbemessung nicht den tatsächlichen Anforderungen, ist sie durch den Lenkungskreis einvernehmlich anzupassen.	Entspricht die Stellenbemessung nicht den tatsächlichen Anforderungen, ist sie durch den Lenkungskreis einvernehmlich anzupassen.
4. Die Stadt Hückeswagen verpflichtet sich gemäß den Regelungen des Personalgestellungsvertrages ihre eigenen Beschäftigten an die Stadt Wipperfürth zur Verfügung zu stellen. Der Personalgestellungsvertrag regelt die hiermit verbundenen personalrechtlichen Fragen. Hierbei wird den im Wege der Personalgestellung entsandten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Besitzstandswahrung zugesichert.	3. Die Stadt Hückeswagen verpflichtet sich gemäß den Regelungen des Personalgestellungsvertrages ihre eigenen Beschäftigten an die Stadt Wipperfürth zur Verfügung zu stellen. Der Personalgestellungsvertrag regelt die hiermit verbundenen personalrechtlichen Fragen. Hierbei wird den im Wege der Personalgestellung entsandten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Besitzstandswahrung zugesichert.
§ 4 Finanzen	**§ 4 Finanzen**
1. Die Investitionskosten des Bauhofes tragen die WEG mbH (WEG) und die Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (HEG) und stellen die Immobilie der Stadt Wipperfürth gegen eine angemessene Mietzahlung zur Verfügung. Die Stadt Wipperfürth trägt die laufenden Betriebskosten.	1. Die Investitionen für die Immobilien des Bauhofes tragen die WEG mbH (WEG) und die Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (HEG) und stellen die Immobilie der Stadt Wipperfürth gegen eine angemessene Mietzahlung zur Verfügung. Die Stadt Wipperfürth trägt die laufenden Betriebskosten.
2. Die beiden Gesellschaften beteiligen sich anteilig entsprechend des Verhältnisses der Stellenanteile der Beschäftigten in den beiden Bauhöfen zum 31.12.2010 an den Investitionskosten. Sie erwerben im Umfang der Beteiligung an den Investitionskosten gemeinschaftliches Eigentum.	2. Die beiden Gesellschaften beteiligen sich anteilig im Verhältnis 59 v. H. (WEG) zur 41 v. H. (HEG) entsprechend des Verhältnisses der Stellenanteile der Beschäftigten in den beiden Bauhöfen zum 31.12.2010 an den Investitionskosten. Sie schaffen im Umfang der Beteiligung an den Investitionskosten gemeinschaftliches Eigentum.
	3. Das bestehende mobile Anlagevermögen des bisherigen Bauhofs der Stadt Hückeswagen wird dem gemeinsamen Bauhof zur Verfügung gestellt. Die Stadt Wipperfürth erstattet die Afa sowie Finanzierungskosten an die Stadt Hückeswagen. Unterhaltung und sonstige laufende Kosten werden von der Stadt Wipperfürth übernommen.

3. Die Refinanzierung der laufenden Kosten des Bauhofes erfolgt über die einheitlichen Stundensätze der von ihm erbrachten Leistungen. Die einheitlichen Stundensätze werden jährlich durch die Stadt Wipperfürth in Abstimmung mit der Stadt Hückeswagen kalkuliert und einvernehmlich im Lenkungskreis festgesetzt. Die Stundensätze sind so zu kalkulieren, dass Gesamtkostendeckung erreicht wird.	4. Die Refinanzierung der laufenden Kosten des Bauhofes erfolgt über die einheitlichen Stundensätze der von ihm erbrachten Leistungen. Die einheitlichen Stundensätze werden jährlich durch die Stadt Wipperfürth in Abstimmung mit der Stadt Hückeswagen kalkuliert und einvernehmlich im Lenkungskreis festgesetzt. Die Stundensätze sind so zu kalkulieren, dass Gesamtkostendeckung erreicht wird.
4. Die Finanzlage und die Leistungsergebnisse des Bauhofes sowie die Erläuterungen zu Planungen werden den Teilnehmern des Lenkungskreises in einem monatlichen Bericht zusammengestellt.	5. Die Finanzlage und die Leistungsergebnisse des Bauhofes sowie die Erläuterungen zu Planungen werden den Teilnehmern des Lenkungskreises in einem monatlichen Bericht zusammengestellt.
5. Die Verrechnung der Leistungen unterscheidet sich nach Leistungsarten: a. Daueraufträge werden vierteljährlich verrechnet, Abschlagszahlungen erfolgen monatlich. b. Projekte werden im Monat ihrer Beendigung durch eine Abschlussrechnung in Rechnung gestellt. Bei langfristigen oder kostenintensiven Projekten erfolgen Zwischen- bzw. Abschlagsrechnungen. c. Einzelaufträge werden unmittelbar nach Erbringen der Leistung abgerechnet.	6. Die Verrechnung der Leistungen unterscheidet sich nach Leistungsarten: a. Daueraufträge werden vierteljährlich verrechnet, Abschlagszahlungen erfolgen monatlich. b. Projekte werden im Monat ihrer Beendigung durch eine Abschlussrechnung in Rechnung gestellt. Bei langfristigen oder kostenintensiven Projekten erfolgen Zwischen- bzw. Abschlagsrechnungen. c. Einzelaufträge werden unmittelbar nach Erbringen der Leistung abgerechnet.
§ 5 Lenkungskreis	**§ 5 Lenkungskreis**
1. Die beteiligten Kommunen bilden einen Lenkungskreis, der insbesondere für die organisatorische Entwicklung und die strategische Ausrichtung des Bauhofes zuständig ist. Jeder Beteiligte entsendet auf eigene Kosten jeweils drei Vertreter (Bürgermeister und Kämmerer oder deren Beauftragte sowie der Vorsitzende des zuständigen Fachausschusses). Der Leiter des Bauhofes nimmt i.d.R. beratend an den Sitzungen des Lenkungskreises teil.	1. Die beteiligten Kommunen bilden einen Lenkungskreis, der insbesondere für die organisatorische Entwicklung und die strategische Ausrichtung der Aufgabenerfüllung zuständig ist. Jeder Beteiligte entsendet auf eigene Kosten jeweils drei Vertreter (Bürgermeister und Kämmerer oder deren Beauftragte sowie der Vorsitzende des zuständigen Fachausschusses). Der Leiter des Bauhofes nimmt i.d.R. beratend an den Sitzungen des Lenkungskreises teil.
2. Der Lenkungskreis tagt regelmäßig –	2. Der Lenkungskreis tagt regelmäßig –

mindestens einmal halbjährlich – und berät über organisatorische und personelle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung sowie Angelegenheiten, die der Abstimmung mit den Städten bedürfen. Entscheidungen werden einvernehmlich getroffen. Kommt es zu keiner einvernehmlichen Entscheidung, bleibt der bisherige Status Quo der Angelegenheit über die beraten wurde bestehen.	mindestens einmal halbjährlich – und berät über organisatorische und personelle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung sowie Angelegenheiten, die der Abstimmung mit den Städten bedürfen. Entscheidungen werden einvernehmlich getroffen. Kommt es zu keiner einvernehmlichen Entscheidung, bleibt der bisherige Status Quo der Angelegenheit über die beraten wurde bestehen.
3. Die Zuständigkeit der Gremien der beteiligten Kommunen sowie etwa zu beachtende Formvorschriften gemäß der Gemeindeordnung oder sonstiger Rechtsvorschriften bleiben unberührt.	3. Die Zuständigkeit der Gremien der beteiligten Kommunen sowie etwa zu beachtende Formvorschriften gemäß der Gemeindeordnung oder sonstiger Rechtsvorschriften bleiben unberührt.
§ 6 Beitritt weiterer Kommunen	**§ 6 Beitritt weiterer Kommunen**
Die Übernahme der Aufgaben des Bauhofes gem. § 2 dieser Vereinbarung von weiteren Kommunen durch den Bauhof wird ausdrücklich begrüßt.	Die Übernahme der Aufgaben des Bauhofes gem. § 2 dieser Vereinbarung von weiteren Kommunen durch den Bauhof wird ausdrücklich begrüßt.
§ 7 Laufzeit und Kündigung	**§ 7 Laufzeit und Kündigung**
1. Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung gilt auf unbestimmte Zeit. Die damit geregelte Zusammenarbeit kann nach frühestens zehn Jahren von jedem Vertragspartner mit einer Frist von drei Jahren zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Eine Auflösung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ist nur dann zu einem früheren Zeitpunkt möglich, wenn gleichzeitig eine andere Rechtsform der Zusammenarbeit mit gleichwertigen Rahmenbedingungen abgeschlossen wird. Eine Kündigung bedarf der Schriftform.	1. Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung gilt auf unbestimmte Zeit. Die damit geregelte Zusammenarbeit kann nach frühestens zehn Jahren von jedem Vertragspartner mit einer Frist von drei Jahren zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Eine Auflösung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ist nur dann zu einem früheren Zeitpunkt möglich, wenn gleichzeitig eine andere Rechtsform der Zusammenarbeit mit gleichwertigen Rahmenbedingungen abgeschlossen wird. Eine Kündigung bedarf der Schriftform.
2. Wird die Vereinbarung gekündigt, und wird zwischen den Vertragspartnern keine neue Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben des Bauhofes abgeschlossen, so verpflichten sich die Vertragspartner, das vorhandene Anlagevermögen durch Maßnahmen zur Entflechtung zu trennen.	2. Wird die Vereinbarung gekündigt, und wird zwischen den Vertragspartnern keine neue Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben des Bauhofes abgeschlossen, so verpflichten sich die Vertragspartner, das vorhandene Anlagevermögen durch Maßnahmen zur Entflechtung zu trennen.
a. Das bestehende mobile Anlagevermögen des Bauhofes wird gemäß der durchschnittlich in den letzten 5 Jahren vor Kündigung in Anspruch genommenen	a. Das bestehende mobile Anlagevermögen des Bauhofes wird gemäß der durchschnittlich in den letzten 5 Jahren vor Kündigung in Anspruch genommenen

Leistungsstunden anteilig auf die Kommunen übertragen. Die Stadt Hückeswagen wird dieses ihr zugeteilte Anlagevermögen zu den aktuellen Buchwerten von der Stadt Wipperfürth erwerben.	Leistungsstunden anteilig auf die Kommunen übertragen. Die Stadt Hückeswagen wird dieses ihr zugeteilte Anlagevermögen zu den aktuellen Buchwerten von der Stadt Wipperfürth erwerben.
b. Das Personal des Bauhofes wird gemäß der durchschnittlich in den letzten 5 Jahren vor Kündigung in Anspruch genommenen Leistungsstunden anteilig auf die Kommunen übertragen. Neben dem per Personalgestellungsvertrag übertragenen Personal übernimmt die Stadt Hückeswagen zusätzlich Personal der Stadt Wipperfürth. Hierbei wird den zum Zeitpunkt der Aufgabenübertragung beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Besitzstandswahrung zugesichert; für diese finden betriebsbedingte Kündigungen im Rahmen der Entflechtung nicht statt.	b. Das Personal des Bauhofes wird gemäß der durchschnittlich in den letzten 5 Jahren vor Kündigung in Anspruch genommenen Leistungsstunden anteilig auf die Kommunen übertragen. Neben dem per Personalgestellungsvertrag übertragenen Personal übernimmt die Stadt Hückeswagen zusätzlich Personal der Stadt Wipperfürth. Hierbei wird den zum Zeitpunkt der Aufgabenübertragung beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Besitzstandswahrung zugesichert; für diese finden betriebsbedingte Kündigungen im Rahmen der Entflechtung nicht statt.
§ 8 Salvatorische Klausel	**§ 8 Salvatorische Klausel**
Sollte eine Bestimmung dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen in dieser Vereinbarung enthaltenen Regelungen. Sofern die unwirksame Bestimmung nicht ersatzlos fortfallen kann, werden die Vertragsparteien sie durch eine solche ersetzen, die dem beabsichtigten Sinn und Zweck entspricht. Gleiches gilt, soweit die Vereinbarung lückenhaft sein sollte.	Sollte eine Bestimmung dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen in dieser Vereinbarung enthaltenen Regelungen. Sofern die unwirksame Bestimmung nicht ersatzlos fortfallen kann, werden die Vertragsparteien sie durch eine solche ersetzen, die dem beabsichtigten Sinn und Zweck entspricht. Gleiches gilt, soweit die Vereinbarung lückenhaft sein sollte.
§ 9 Öffnungsklausel	**§ 9 Öffnungsklausel**
Der Leistungskatalog, der in der Anlage 1 dokumentiert ist, kann von den Vertragskommunen angepasst werden und ist in der jeweils geltenden Fassung maßgebend für den Bauhof.	Der Leistungskatalog gem. § 2 kann von den Vertragskommunen angepasst werden und ist in der jeweils geltenden Fassung maßgebend für den Bauhof.
§ 10 Schriftform	**§ 10 Schriftform**
1. Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform und müssen den Anforderungen der rechtlichen Vor-	1. Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform und müssen den Anforderungen der rechtlichen Vor-

schriften entsprechen. 2. Mündliche Nebenabreden haben keine Gültigkeit. **§ 11 Datenschutz** 1. Das Verarbeiten personenbezogener Daten ist nur in dem Umfang zulässig, wie die Daten zur Erfüllung der Aufgaben gem. § 2 dieser Vereinbarung erforderlich sind. Die im Bauhof mit der Verarbeitung personenbezogener Daten befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind gegenüber Dritten zur Geheimhaltung verpflichtet. 2. Die gespeicherten Daten sind zu löschen, wenn ihre Kenntnis zur Erfüllung der Aufgaben nicht mehr erforderlich ist. **§ 12 Schlussbestimmungen** Diese Vereinbarung tritt am Tage nach der Bekanntmachung durch den Oberbergischen Kreis in Kraft. Eine Evaluierung der Zusammenarbeit, insbesondere der Rechtsform, erfolgt spätestens nach vier Jahren durch die Vertragskommunen (s. § 7 Abs. 1 dieser Vereinbarung). Evaluationsbeginn ist der Zeitpunkt der tatsächlichen Zusammenlegung beider Bauhöfe. Wipperfürth, den_____ _____ Michael von Rekowski Bürgermeister Frank Trompetter Stadtkämmerer Hückeswagen, den _____ _____ Uwe Ufer Bürgermeister Bernd Müller Stadtkämmerer	schriften entsprechen. 2. Mündliche Nebenabreden haben keine Gültigkeit. **§ 11 Datenschutz** 1. Das Verarbeiten personenbezogener Daten ist nur in dem Umfang zulässig, wie die Daten zur Erfüllung der Aufgaben gem. § 2 dieser Vereinbarung erforderlich sind. Die im Bauhof mit der Verarbeitung personenbezogener Daten befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind gegenüber Dritten zur Geheimhaltung verpflichtet. 2. Die gespeicherten Daten sind zu löschen, wenn ihre Kenntnis zur Erfüllung der Aufgaben nicht mehr erforderlich ist. **§ 12 Schlussbestimmungen** Diese Vereinbarung tritt am Tage nach der Bekanntmachung durch den Oberbergischen Kreis in Kraft. Eine Evaluierung der Zusammenarbeit, insbesondere der Rechtsform, erfolgt spätestens nach vier Jahren durch die Vertragskommunen (s. § 7 Abs. 1 dieser Vereinbarung). Evaluationsbeginn ist der Zeitpunkt der tatsächlichen Zusammenlegung beider Bauhöfe. Wipperfürth, den _____ _____ Michael von Rekowski Bürgermeister Frank Trompetter Stadtkämmerer Hückeswagen, den _____ _____ Uwe Ufer Bürgermeister Bernd Müller Stadtkämmerer

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Gebäudemanagement
Sachbearbeiter: Dietmar Persian

Vorlage

Datum: 24.02.2012
Vorlage RGM/1687/2012

TOP	Betreff **Gesellschaftsvertrag Bauhof Wipperfürth – Hückeswagen GbR**
Beschlussentwurf: Der Rat ermächtigt die Vertreter in der Gesellschafterversammlung der HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co KG zur Zustimmung zum Abschluss des Gesellschaftsvertrages der „Bauhof Wipperfürth – Hückeswagen GbR“.	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

Entsprechend den bisherigen Vereinbarungen sollen Bauherr und Eigentümer des neuen Bauhofkomplexes die beiden Entwicklungsgesellschaften der Städte sein. Nach Beratung mit dem Steuerberater der WEG und dem Finanzamt Wipperfürth wird empfohlen, hierfür eine Gesellschaft bürgerlichen Rechtes zu gründen. Die Gründung einer eigenständigen Firma ist so nicht erforderlich. Der bürokratische Aufwand kann sehr niedrig gehalten werden. Alleinige Aufgabe der GbR ist die Errichtung, der Betrieb und die Vermietung des Bauhofgebäudes. Mieterin wird die Stadt Wipperfürth als Betreiberin des gemeinsamen Bauhofes. Die eigentliche Gebäudeunterhaltung und die Bewirtschaftung würden durch das Regionale Gebäudemanagement erfolgen.

Für die Bildung der GbR empfehlen die Geschäftsführungen den Abschluss eines schriftlichen Gesellschaftsvertrages. Hierzu wird auf den beigefügten Entwurf verwiesen.

Die Geschäftsanteile sollten entsprechend den vorgesehenen Regelungen in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gebildet werden, also mit einem Verhältnis von 59 % für Wipperfürth und 41 % für Hückeswagen.

Für den Abschluss des Gesellschaftsvertrages ist jeweils ein Beschluss der Gesellschafterversammlung der WEG bzw. der HEG erforderlich, wobei zuvor der jeweilige Stadtrat die Gesellschafterversammlung gem. § 108 Abs. 6 Buchstabe a GO NRW hierzu ermächtigen muss. Der Beschluss der HEG ist für die im Anschluss an diese Ratssitzung stattfindende Gesellschafterversammlung vorgesehen.

Nach Gründung der Gesellschaft erfolgt auch eine Verrechnung der bisher entstandenen Planungskosten entsprechend dem vereinbarten Kostenschlüssel. Die Stadt Wipperfürth hat bisher rd. 77.500 Euro getragen. Die von der WEG bezahlten Grunderwerbskosten werden im Rahmen des Grundstücksgeschäftes anteilig durch die HEG übernommen.

Finanzielle Auswirkungen:

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

_____ _____

Bürgermeister o.V.i.A. Dietmar Persian

Anlagen:

Vertragsentwurf

Gesellschaftsvertrag der Bauhof Wipperfürth - Hückeswagen GbR

Präambel

Die Vertragschließenden wollen als Gesellschaft bürgerlichen Rechts den gemeinsamen Bauhof der Städte Wipperfürth und Hückeswagen errichten, nutzen und vermieten. Mit dem nachstehenden Vertrag regeln die Vertragschließenden in schriftlicher Form ihre Rechtsverhältnisse untereinander.

1. Gesellschafter; Rechtsform; Name; Sitz

1.1 Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Gesellschafter sind

a. die WEG Wipperfürther Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

b. die HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

1.2 Der Name der Gesellschaft lautet "... Bauhof Wipperfürth /Hückeswagen Grundstücksverwaltung GbR".

1.3 Der Sitz der Gesellschaft ist Wipperfürth.

2. Gegenstand des Unternehmens

2.1 Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Bebauung von Grundstücken sowie die Vermietung der bebauten Grundstücke für den Betrieb des gemeinsamen Bauhofes der Städte Wipperfürth und Hückeswagen.

2.2 Die Gesellschaft ist darüber hinaus berechtigt, alle diejenigen Geschäfte zu tätigen, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar zu fördern.

3. Gesellschaftsvermögen; Gesellschaftsbeteiligung

3.1 Die Gesellschafter sind vorerst nicht dazu verpflichtet, Einlagen zu erbringen. Das Gesellschaftsvermögen soll fremdfinanziert werden. Die Gesellschafter können aber einstimmig beschließen, dass Einlagen entsprechend den Beteiligungsquoten zu erbringen sind.

3.2 Die Gesellschafter sind mit den nachstehend aufgeführten Anteilen am Gesellschaftsvermögen beteiligt:

a. 59 %

b. 41 %

4. Gesellschaftskonten

4.1 Für Gewinnanteile und Entnahmen eines jeden Gesellschafters wird ein bewegliches Privatkonto eingerichtet.

4.2 Für Verluste ist für jeden Gesellschafter ein gesondertes Verlustsonderkonto zu führen. Gewinne sind diesem Verlustsonderkonto solange gutzuschreiben, bis es ausgeglichen ist.

4.3 Die Privatkonten werden im Soll und Haben banküblich verzinst. Grundlage für die Zinsberechnung ist der jeweilige Stand des Privatkontos eines Gesellschafters abzüglich eines etwaigen zu diesem Zeitpunkt bestehenden Sollbetrages auf seinem Verlustsonderkonto.

4.4 Sollten die Gesellschafter beschließen, dass Einlagen zu erbringen sind, werden diese auf feste Kapitalkonten gebucht.

5. Dauer der Gesellschaft; Rechnungsjahr

5.1 Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt.

5.2 Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

6. Geschäftsführung und Vertretung

6.1. Zur Geschäftsführung und Vertretung sind die Gesellschafter gemeinsam befugt.

6.2 § 711 BGB bleibt unberührt.

7. Überschussrechnung

7.1 Die Geschäftsführung ist verpflichtet, innerhalb der ersten sechs Monate eines jeden Kalenderjahres für das abgelaufene Rechnungsjahr eine Rechnung zu erstellen, aus der sich der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben ergibt.

7.2 Allen Gesellschaftern ist eine Abschrift der Überschussrechnung zur Genehmigung auszuhändigen. Die Genehmigung gilt als erteilt, falls nicht innerhalb eines Monats seit Übergabe Widerspruch erhoben ist.

7.3 Beauftragt die Gesellschaft einen Steuerberater mit der Erstellung der Überschussrechnung, ist die von diesem erstellte Rechnung für die Gesellschafter verbindlich.

8. Gewinn- und Verlustverteilung

8.1 Vorab werden aus dem Gewinn die Zinsen für Guthaben auf Privatkonten beglichen.

8.2 An den Überschüssen und Verlusten der Gesellschaft nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Vermögensbeteiligung nach Ziff. 3 teil.

8.3

9. Entnahmen

9.1 Ein Gesellschafter kann aus Guthaben auf seinem Privatkonto jederzeit zur Bestreitung der aus seiner Beteiligung herrührenden Steuern und Abgaben denjenigen Betrag entnehmen, der sich nach dem Steuersatz des höchstbesteuerten Gesellschafters und dem Anteil des entnehmenden Gesellschafters am Gewinn und Verlust nach Ziff. 8 ergibt.

9.2 Alle übrigen Entnahmen bedürfen der Zustimmung der Gesellschafter.

10. Verfügung über Beteiligungen

10.1 Eine Beteiligung kann nur mit Zustimmung aller Gesellschafter übertragen oder belastet werden. Das gilt insbesondere auch für die Bestellung eines Nießbrauchs und für die Einräumung einer Unterbeteiligung. Ziff. 1.1. Satz 2 bleibt unberührt.

10.2 Bei der Veräußerung einer Beteiligung steht dem anderen Gesellschafter jeweils das Vorkaufsrecht zu. Der veräußernde Gesellschafter hat dem anderen Gesellschafter vor rechtswirksamem Vertragsabschluss die beabsichtigte Veräußerung unverzüglich anzuzeigen und diese zugleich schriftlich aufzufordern, innerhalb von sechs Wochen schriftlich zu erklären, ob sie von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen werden. Erklärt der Gesellschafter, dass er das Vorkaufsrecht ausübt, so sind die beteiligten Gesellschafter verpflichtet, die Beteiligung unverzüglich zu übertragen.. Wird das Vorkaufsrecht von einzelnen Gesellschaftern nicht ausgeübt, wächst es in der Höhe des nicht ausgeübten Anteils den übrigen Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Beteiligung an. Im Übrigen gilt § 472 BGB.

10.3 Wird das Vorkaufsrecht gemäß Ziff. 10.2 ausgeübt, so beträgt der Kaufpreis für die Beteiligung 80% des auf die veräußerte Beteiligung entfallenden Verkehrswertes des Gesellschaftsvermögens (nach Abzug der Schulden), berechnet zu Beginn des Geschäftsjahres, in das die Veräußerung fällt; ist der vom Käufer zu entrichtende Kaufpreis niedriger, so gilt dieser Wert.

10.4 Der Kaufpreis kann in acht gleichen Jahresraten, beginnend mit der Übertragung, gezahlt werden. Die offenen Kaufpreisraten sind mit 1% über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB zu verzinsen.

10.5 Wird das Vorkaufsrecht durch die Gesellschafter innerhalb der in Ziff. 10.2 bezeichneten Frist nicht ausgeübt und wird auch die Zustimmung zur Übertragung der Beteiligung auf den erwerbsbereiten Dritten nicht erteilt, kann der veräußernde Gesellschafter die Gesellschaft in der Form nach Ziff.12.1, mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Rechnungsjahres kündigen. Die Rechtsfolgen bestimmen sich nach Ziff. 12.3 bis Ziff. 12.6 dieses Vertrages.

10.6 Mit der Übertragung der Beteiligung gehen Guthaben des Übertragenden auf seinem Privatkonto auf den Erwerber bzw. anteilig auf die Erwerber über. Entsprechendes gilt für die auf den Verlustkonten verbuchten Verbindlichkeiten. Der/die Erwerber erklärt/erklären sich mit diesem Übergang einverstanden.

11. GeselIschafterbeschlüsse; Gesellschafterversammlung; Stimmrecht

11.1 Gesellschafterbeschlüsse werden in der Gesellschafterversammlung gefasst.

11.2 Auch außerhalb einer förmlichen Gesellschafterversammlung können Gesellschafterbeschlüsse durch schriftliche Stimmabgabe (Zirkularbeschlüsse) gefasst werden, wenn alle Gesellschafter sich mit einer Abstimmung außerhalb einer Gesellschafterversammlung einverstanden erklären und an der schriftlichen Abstimmung beteiligen.

11.3 Die Einberufung von Gesellschafterversammlungen obliegt der Geschäftsführung. Die Einberufungsfrist beträgt zwei Wochen.

11.4 Darüber hinaus muss die Geschäftsführung eine Gesellschafterversammlung einberufen, wenn es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint oder wenn Gesellschafter, die einzeln oder zusammen über 10% der Stimmen verfügen, dies verlangen. Kommt die Geschäftsführung diesem Verlangen innerhalb von zwei Wochen nicht nach, können die Antragsteller selbst eine Gesellschafterversammlung einberufen.

11.5 Jeder Gesellschafter hat eine Stimme. Die Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung jeweils durch zwei Mitglieder ihres Aufsichtsrates und einen Geschäftsführer vertreten.

11.6 Gesellschafterbeschlüsse können nur einstimmig gefasst werden.

12. Kündigung

12.1 Eine Kündigung dieses Vertrages ist nur zeitgleich und mit den gleichen Fristen möglich, wie dies in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Städte Hückeswagen und Wipperfürth vom ..... unter § 7, Abs. 1 geregelt ist.

12.2 Die Kündigung der Gesellschaft ist gegenüber allen übrigen Gesellschaftern durch eingeschriebenen Brief zu erklären.

12.3 Kündigt ein Gesellschafter das Gesellschaftsverhältnis, so scheidet er mit Ablauf der Kündigungsfrist aus der Gesellschaft aus.

12.4 Mit dem Ausscheiden des kündigenden Gesellschafters wächst seine Beteiligung den verbleibenden Gesellschaftern anteilig an. Verbleibt nach dem Ausscheiden nur noch ein Gesellschafter, so geht das Gesellschaftsvermögen einschließlich der Schulden unter Ausschluss der Liquidation im Wege der Anwachsung auf ihn über.

12.5 Beschließen die verbleibenden Gesellschafter innerhalb von drei Monaten nach dem Ausscheiden die Auflösung der Gesellschaft und teilen sie innerhalb dieser Frist den Beschluss dem Ausgeschiedenen abschriftlich mit oder lehnt innerhalb dieser Frist der alleinverbleibende Gesellschafter die Übernahme des Gesellschaftsvermögens durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Ausgeschiedenen ab, so gilt das Ausscheiden des Gesellschafters als nicht erfolgt. Vielmehr ist die Gesellschaft mit dem Wirksamwerden der Kündigung aufgelöst; der kündigende Gesellschafter nimmt an der Liquidation teil.

12.6 Dem ausscheidenden Gesellschafter steht eine Abfindung gemäß Ziff. 13 zu.

13. Abfindung eines ausscheidenden Gesellschafters

13.1 Scheidet ein Gesellschafter aus der Gesellschaft aus, erhält er von den übernehmenden Gesellschaftern anteilig ihrer Beteiligung eine Abfindung in Höhe von insgesamt 80% des auf die Beteiligung des ausscheidenden Gesellschafters entfallenden Verkehrswerts des Gesellschaftsvermögens (nach Abzug der Verbindlichkeiten und Rückstellungen).

13.2 Positive oder negative Salden auf dem Privatkonto des ausscheidenden Gesellschafters erhöhen oder vermindern das Abfindungsguthaben entsprechend; ein gegebenenfalls vorhandenes Verlustsonderkonto mindert den Abfindungsbetrag.

13.3 Wird dem Ausgeschiedenen steuerrechtlich für die Zeit seiner Zugehörigkeit zur Gesellschaft -etwa aufgrund einer steuerlichen Außenprüfung - noch ein laufender Gewinn zugerechnet, ohne dass dies vor dem Ausscheiden zu einer Anpassung der Überschussrechnung geführt hat, ändert sich die Abfindung nicht. Die übernehmenden Gesellschafter haben den Ausgeschiedenen jedoch von den dadurch für ihn anfallenden Mehrsteuern freizustellen,

13.4 An den noch schwebenden Geschäften nimmt der ausscheidende Gesellschafter nicht teil.

13.5 Das offene Abfindungsguthaben des ausscheidenden Gesellschafters wird mit 1% p.a. über dem jeweiligen zu Beginn eines Rechnungsjahres gültigen Basiszinssatz nach § 247 BGB verzinst und in acht gleichen Jahresraten ausbezahlt. Die erste Rate ist ein Jahr nach dem Ausscheidungsstichtag fällig.

13.6 Die übernehmenden Gesellschafter sind zur vorzeitigen Auszahlung des Abfindungsbetrages berechtigt, ohne dem Ausgeschiedenen die dadurch entgehenden Zinsen erstatten zu müssen.

13.7 Sicherheitsleistung kann für das Abfindungsguthaben nicht verlangt werden.

14. Schlussbestimmungen

14.1 Ergänzungen und Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

14.2 Die Kosten dieses Vertrages trägt die Gesellschaft.

13.7 Dieser Vertrag bleibt auch dann gültig, wenn einzelne Bestimmungen sich als ungültig erweisen sollten. Die betreffende Regelung ist dann durch die Gesellschafter so zu ändern, dass die mit ihr ursprünglich angestrebten wirtschaftlichen und rechtlichen Zwecke soweit wie möglich erreicht werden. Entsprechendes gilt im Falle von Lücken.

.... den...

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich I - Steuerungsunterstützung / Service
Sachbearbeiter/in: Bernd Müller

Vorlage

Datum: 14.02.2012
Vorlage FB I/1678/2012

TOP	Betreff **Übernahme einer Bürgschaft**

Beschlussentwurf:
Der Ausschuss empfiehlt / der Rat beschließt gem. § 87 Abs. 2 GO die Übernahme einer Ausfallbürgschaft in Höhe von 1.435.000 € zu Gunsten der HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH Co. KG zur Sicherung eines Investitionskredites zur Errichtung eines neuen Bauhofes.

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	06.03.2012	öffentlich
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

Die Stadt Hückeswagen beabsichtigt, die bisher durch den Bauhof der Stadt Hückeswagen zu erledigenden Aufgaben durch einen gemeinsamen Bauhof der Städte Wipperfürth und Hückeswagen durchführen zu lassen.

Die Ermächtigung hierzu ergibt sich aus einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, die auch auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht. In dieser Vereinbarung wird u.a. geregelt, dass die Entwicklungsgesellschaften der beiden Städte die notwendigen Investitionen anteilig finanzieren. Das Beteiligungs- und Finanzierungsverhältnis wird mit 41 % (HEG) und 59 % (Wipperfürther Entwicklungsgesellschaft / WEG) festgeschrieben.

Die Kosten der Errichtung eines neuen Bauhofes einschließlich Grunderwerb werden mit einem Betrag von 3,5 Mio € gedeckelt. Die Finanzierung des Hückeswagener Anteils in Höhe von 1.435.000 € (41 %) soll durch die Aufnahme eines Investitionskredites seitens der HEG erfolgen.

Bei Übernahme einer Ausfallbürgschaft seitens der Stadt in gleichlautender Höhe erhält die HEG hierfür einen Kredit zu Kommunalkreditkonditionen.

Die Verwaltung empfiehlt, der HEG eine Ausfallbürgschaft zur Absicherung des Investitionskredites in Höhe 1.435.000 € zur gewähren.

Finanzielle Auswirkungen:

Beteiligte Fachbereiche:

FB	**RGM**		
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Bernd Müller

Stadt Hückeswagen
Der Bürgermeister
Fachbereich II - Leistungs- und Ordnungsverwaltung
Sachbearbeiter/in: Diana Hintemann

Vorlage

Datum: 05.03.2012
Vorlage FB II/1696/2012

TOP	Betreff **Bestellung eines Leiters und eines Stellvertreters für die Freiwillige Feuerwehr Hückeswagen**

Beschlussentwurf:

a) Der Rat der Stadt Hückeswagen beschließt, Herrn Stadtbrandinspektor Karsten Binder unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter auf Zeit mit Wirkung vom 01.05.2012 für die Dauer von sechs Jahren zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Hückeswagen zu bestellen.

b) Der Rat der Stadt Hückeswagen beschließt, Herrn Hauptbrandmeister Thomas Schmitz, mit Wirkung vom 01.05.2012 zunächst für die Dauer von zwei Jahren zum kommissarischen Stellvertreter der Freiwilligen Feuerwehr zu ernennen.

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Rat	20.03.2012	öffentlich

Sachverhalt:

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 16.03.2006 beschlossen, Herrn Karsten Binder ab dem 01.05.2006 für die Dauer von sechs Jahren zum Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr zu bestellen. Die Amtszeit endet somit am 30.04.2012.

Nach § 11 Abs. 1 FSHG wird u. a. der Leiter der Freiwilligen Feuerwehr (Wehrführer) auf Vorschlag des Kreisbrandmeisters für die Dauer von sechs Jahren bestellt. Vor der Bestellung zum Ehrenbeamten auf Zeit durch den Rat der Stadt hat der Kreisbrandmeister die aktive Wehr anzuhören.

Die Anhörung erfolgte am 02.02.2012. Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr sprachen sich einstimmig für Herrn Binder als Leiter der Freiwilligen Feuerwehr aus.

Mit Schreiben vom 16.02.2012 hat der Kreisbrandmeister dann vorgeschlagen, Herrn Stadtbrandinspektor Karsten Binder zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Hückeswagen auf die Dauer von sechs Jahren zu bestellen.

Desweiteren ist ein neuer Stellvertreter zu ernennen. Herr Detlef Alester hat mit Wirkung vom 28.02.2007 kommissarisch die Aufgaben des stellvertretenden Leiters der Freiwilligen Feuerwehr übernommen.

Gemäß § 17 Abs. 3 der Verordnung über die Laufbahn der ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr (LFO FF) darf die Zeit der kommissarischen Aufgabenübertragung zwei Jahre nicht übersteigen.

Aufgrund dieser rechtlichen Vorgabe und der fehlenden Qualifikationen, die für das Amt des stellvertretenden Leiters der Freiwilligen Feuerwehr erforderlich sind, wird die Ernennung zum 30.04.2012 aufgehoben.

Als neuer Stellvertreter ab dem 01.05.2012 wird Herr Hauptbrandmeister Thomas Schmitz vorgeschlagen. Mit Schreiben vom 16.02.2012 hat der Kreisbandmeister vorgeschlagen, Herrn Schmitz zunächst kommissarisch zu ernennen, da er die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen noch nicht erfüllt hat. Erst nach Absolvierung der erforderlichen Laufbahnlehrgänge kann die endgültige Bestellung zum Stellvertreter und die Ernennung zum Ehrenbeamten erfolgen. Die Zeit der kommissarischen Übertragung darf gemäß § 17 Abs. 3 LFO FF zwei Jahre nicht überschreiten.

Die Anhörung erfolgte am 02.02.2012. Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr sprachen sich einstimmig für Herrn Schmitz als kommissarischen Stellvertreter der Freiwilligen Feuerwehr aus.

Finanzielle Auswirkungen:

Beteiligte Fachbereiche:

FB	II		
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A. Diana Hintemann

Anlagen: keine

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente
Einladung Rat Presse 1
Vorlagendokumente
TOP Ö 3 Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage RB/1640/2011 3
Änderungen CDU-Fraktion RB/1640/2011 6
Änderungen CDU-Fraktion (Ergänzung HEG) RB/1640/2011 8
TOP Ö 4 Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage FB I/1674/2012 9
HUF Anlage 1 Haushaltssatzung D3 Rat FB I/1674/2012 12
HUF Anlage 2 Veränderungsliste Ergebnisplan D2 zu D3 FB I/1674/2012 15
HUF Anlage 3 Änderung D3 EP Rat Erläuterungen FB I/1674/2012 16
HUF Anlage 4 Veränderungsliste Finanzplan D2 zu D3 FB I/1674/2012 19
HUF Anlage 5 Änderung D3 FP Rat Erläuterungen FB I/1674/2012 20
HUF Anlage 6 Entwicklung Eigenkapital D3 Rat FB I/1674/2012 21
TOP Ö 5 Stellenpläne 2012
Vorlage RB/1694/2012 22
a) Stellenplan Allgemeine Verwaltung RB/1694/2012 24
b) Stellenplan Freizeitbad RB/1694/2012 29
c) Stellenplan Abwasser RB/1694/2012 30
TOP Ö 6 Gewinnabführung Betrieb Freizeitbad
Vorlage FB I/1651/2012 31
Schreiben OBK zu Gewinnübertragung FB I/1651/2012 32
TOP Ö 7 Wirtschaftsplan 2012 des Betriebes Freizeitbad
Vorlage FB I/1656/2012 33
Wirtschaftsplan 2012 FB I/1656/2012 35
TOP Ö 8 Investitionsprogramm 2011 - 2015 des Betriebes Freizeitbad
Vorlage FB I/1654/2012 48
TOP Ö 9 Gewinnabführung Betrieb Abwasserbeseitigung
Vorlage FB I/1659/2012 49
TOP Ö 10 Wirtschaftsplan 2012 des Betriebes Abwasserbeseitigung
Vorlage FB I/1655/2012 50
Wirtschaftsplan 2012 2. Fassung FB I/1655/2012 53
TOP Ö 11 Investitionsprogramm 2011 - 2015 des Betriebes Abwasserbeseitigung
Vorlage FB I/1660/2012 69
Investitionsprogramm 2. Fassung FB I/1660/2012 71
TOP Ö 12 Feststellung des Jahresabschlusses 2010 und Erteilung des Bestätigungs
Vorlage FB I/1620/2011 72
TOP Ö 13 Behandlung des Jahresfehlbetrages 2010
Vorlage FB I/1621/2011 73
TOP Ö 14 Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen von 2011 nach 2012
Vorlage FB I/1689/2012 74
TOP Ö 15 Kenntnisnahme über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
Vorlage FB I/1683/2012 79
TOP Ö 16 Shared Services mit Wipperfürth - Abschluss einer öffentlich-rechtlich
Vorlage RB/1665/2012 84
Synopse alte Beschlussversion zum neuen Entwurf RB/1665/2012 87
TOP Ö 17 Gesellschaftsvertrag Bauhof Wipperfürth – Hückeswagen GbR

Vorlage RGM/1687/2012 95
Entwurf Gesellschaftsvertrag GbR Bauhof RGM/1687/2012 97
TOP Ö 18 Übernahme einer Bürgschaft
Vorlage FB I/1678/2012 101
TOP Ö 19 Bestellung eines Leiters und eines Stellvertreters für die Freiwillige
Vorlage FB II/1696/2012 103
Inhaltsverzeichnis 105